

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Petitzeile 40 Pfg. **Telephon Nr. 535**

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc. sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Theorie und Praxis.

Zwei Begriffe, die eigentlich niemals zu einander in Gegensatz stehen sollten. Was theoretisch gut und richtig erscheint, das sollte auch in der Praxis möglich und unbedingt ausführbar sein.

Und dennoch — scheint es nicht gar Vielen so, als ob sich der Durchführung der Grundsätze und Ideen unserer Bewegung bei der Umsetzung in die Tat unüberwindliche Hindernisse in den Weg stellen?

Mehr Gleichberechtigung, größere Teilnahme an den Kulturgütern; kein Klassenkampf, sondern friedlicher Aufbau auf dem Boden der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung! Das sind unsere Bestrebungen, die heute wohl von Niemand mehr als unberechtigt angesehen werden.

Tritt nun aber der Arbeiter, nicht als Einzelindividuum, sondern durch die Ständes- und Berufsorganisationen mit seinen Forderungen an die Öffentlichkeit, dann erheben sich sofort Stimmen, die das als nicht mehr berechtigt bezeichnen. In der Theorie wird alles anerkannt, in der Praxis aber jene Mittel verweigert, welche es dem Arbeiterland ermöglichen, das allgemal als richtige Erkenntnis nun auch wirklich für sich in Anspruch zu nehmen. Grenzen werden gezogen, die für einen kraftvoll aufstrebenden Stand hindernd und lähmend sind.

Statt Entgegenkommen der anderen Stände nur Widerstand und Engherzigkeit in weitesten Kreisen; statt der so notwendigen Entwicklungs- und Bewegungsfreiheit im wirtschaftlichen Leben nur kleinlich egoistische Maßnahmen von Staat und Gesetzgebung. Seitens der Arbeitgeber gar offene Feindschaft, die zu aufreibenden Kämpfen führt.

Was Wunder, daß dann oftmals die ideellen Fragen gegen die materiellen zurückgedrängt erscheinen? Aber auch nur scheinbar! Oder besteht etwa ein Widerspruch, ein Gegensatz, zwischen der praktischen Betätigung unserer Organisationen und ihren ideellen Theorien? Niemals!

Durchdringungen von der Weltanschauung des Christentums, auf nationalem Boden stehend, ist sich der christliche Arbeiter auch in den wirtschaftlichen Kämpfen stets seiner Pflicht gegen die Allgemeinheit bewußt. An seinem Eifer und seiner Opferwilligkeit aber liegt es, beizutragen, daß diese Grundzüge auch unter wirtschaftlichen Leben ganz durchdringen. Sind die Reihen seiner organisierten Mitkämpfer erst mehr als heute erstarkt, dann werden jene Genenüge zwischen Theorie und Praxis von selbst verblasen und verschwinden müssen.

Ausdauer, Mut und Beharrlichkeit werden uns auch hierbei nur zum Ziele führen können. J. Th

Deutsche Arbeitgeber-Verbände.

IV. (Schluß).

Zu den in den vorigen Artikeln angeführten Mitteln der Arbeitgeberverbände, die sich auf dem Gebiete der Selbsthilfe bewegen, kommt noch ein weiteres, für die Arbeiter oft verhängnisvoll wirkendes Kampfmittel hinzu, nämlich die

Einwirkung auf die Gesetzgebung.

Nach der Richtung hin sind die Arbeitgeberorganisationen stets sehr rührig gewesen, und auch nicht ohne Erfolg. Das furchtbar langsame Tempo unserer Sozialgesetzgebung, ihr vollständiges Stocken im letzten halben Jahrzehnt, ist zum größten Teil dem Einfluß des in den Arbeitgeberverbänden vereinigten Industriekapitalismus zuzuschreiben. Dabei darf nicht unerwähnt bleiben, daß die regierende Politik der Sozialdemokratie, ihre radikalen übertriebenen

Forderungen und ihre ganze Stellung zur heutigen Gesellschaft den Scharmachern in ihrem Bestreben, die Gesetzgebung zu ihren Gunsten zu beeinflussen, die allerbesten Dienste geleistet haben.

Seit die christlich-nationale Arbeiterbewegung immer mehr Einfluß im öffentlichen Leben gewonnen hat und als Königstreue, auf dem Boden der heutigen Gesellschaft stehende Arbeiterchaft ihre sozialpolitischen Forderungen an die Gesetzgebung richtete, ist die Sache für die Scharmacher nicht mehr so leicht. Gegenwärtig ist es den sozialpolitischen Bremsern nicht mehr möglich, ihre Gegnerchaft gegen die Fortführung der Sozialreform mit dem Mantel der Abwehr gegen die Sozialdemokratie zu umkleiden. Heute werden Ueberlastung der Industrie, Gefährdung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt usw. ins Feld geführt.

Wenigen Arbeitern wird der gewaltige Einfluß der Arbeitgeberverbände auf die Sozialgesetzgebung bekannt sein, weil sich das einschneidendste eben nicht vor dem Forum der Öffentlichkeit abspielt. In aller Erinnerung ist noch die 12 000 Mark-Spende des Zentralverbandes deutscher Industrieller zur Schaffung eines Arbeitswillkürschutz-Gesetzes, der bekannten Zuchthausvorlage, die jedoch auf den allgemeinen Widerspruch hin in der Versenkung verschwinden mußte. Ferner ist der Widerstand bekannt, den die Arbeitgeberorganisationen seit jeher — auch heute noch — der Einführung des gesetzlichen Feiertages entgegengesetzt haben. Die am 28. Oktober 1907 in Berlin abgehaltene Generalkonferenz und des Zentralverbandes deutscher Industrieller erhob „mit der größten Entschiedenheit Widerspruch gegen die weitgehenden sozialpolitischen Bestrebungen, von denen seit Jahren die deutsche Industrie schwer heimgesucht würde. Nicht weniger wie neun Resolutionen wurden von dieser Unternehmertagung angenommen, die sich alle gegen einzelne sozialpolitische Forderungen richteten. Darunter auch folgende Entschliebung gegen die Einführung der Achtstundenschicht für die Gewerkschaften:

„Der Zentralverband erhebt insbesondere Einspruch gegen die Bestrebungen, in den Betrieben mit unvermeidlicher Tag- und Nachtarbeit durch Kürzung der Arbeitszeit die Einführung der achtstündigen Schicht zu erzwingen, weil der Lohnausfall von den Arbeitgebern nicht gedeckt und von den Arbeitern nicht getragen werden kann, auch die erforderlichen Arbeitskräfte fehlen.“

Offenkundig wird die Gesetzgebung sich von diesen „Sozialpolitikern“ nicht beeinflussen lassen und den Arbeitern der Großindustrie den erweiterten gesetzlichen Schutz nicht vorenthalten. Die Arbeiter aber können den nachstehenden Widerstand der mächtigen Unternehmerverbände auf dem Gebiete der Sozialpolitik nur paralysieren, wenn sie die christliche Arbeiterbewegung immer mehr ausbauen, sich als Staatsbürger rege am politischen Leben beteiligen und sich dort den nötigen Einfluß verschaffen.

Das Einigungsweien.

Der Weg friedlicher Verständigung durch Verhandeln mit den Arbeitern ist dasjenige Mittel der Arbeitgeberverbände, mit dem wir organisierten Arbeiter am meisten zufrieden sein können. Der Not gehorchend, nicht dem eignen Triebe, hat sich dieses Mittel in einer Reihe von Gewerben schon Bahn gebrochen. Das sind aber vornehmlich die Feinen und handwerksmäßigen Gewerbe, (Buchdrucker-, Bau-, Holz-, Maler- und Schneidergewerbe) während die führenden Reiche der Großindustrie sich bis heute noch erweislich dagegen sträuben konnten, die wirtschaftliche Gleichberechtigung der Arbeiter anzuerkennen und mit ihnen zu verhandeln. Der Ausbruch des Arbeiterführers Bueck: Die wirtschaftliche Gleichberechtigung des Arbeiters werden wir niemals anerkennen, sowie das verhängnisvolle Wort Kirdorfs: Wir verhandeln nicht, das den großen Gewerkschaften im Jahre 1906 im Gefolge hatte, bezeichnend. Sie Ein-

igung der Großindustriellen am allerbedeutendsten. In einem an die Öffentlichkeit gelangten Protokoll einer Versammlung der rheinisch-westfälischen Arbeitgeberverbände vom Juli 1907 heißt es:

„Die Frage des Verhandeln mit den Arbeiter-Organisationen wurde gleichfalls gestreift. Von den meisten Anwesenden wurde betont, daß ihre Verbände der Verhandlungsfrage durchaus ablehnend gegenüberstehen. Besondere wurde darauf hingewiesen, daß man mit der Bewilligung von Verhandlungen die nichtorganisierten Arbeiter in die Gewerkschaften dränge.“

Diese Abneigung gegen das Verhandeln mit den Arbeitern richtet sich sogar gegen die Arbeiterausschüsse. In einem Beschlusse des Zentralverbandes deutscher Industrieller heißt es:

„Die obligatorische Einführung von Arbeiterausschüssen muß der Zentralverband entschieden ablehnen, weil nach den bisher auf ähnlichen Gebieten gemachten Erfahrungen in ihnen nur sozialdemokratische oder sonst organisierte Arbeiter Platz finden und damit tatsächlich die Arbeiterausschüsse Organe der Arbeitervereinigungen werden würden. Die obligatorische Einführung der Arbeiterausschüsse würde die staatliche Organisation der Sozialdemokratie bedeuten.“

Also auch hier nur die Abneigung und Furcht vor den Gewerkschaften! Und trotz alledem müssen auch die kapitalmächtigen Großindustriellen den mächtig anwachsenden Gewerkschaften immer mehr Konzessionen machen, der prozige Herrenstandpunkt läßt sich nicht aufrecht erhalten. Selbst die Scharmacher der Metallindustrie müssen allmählich vom Pöbelsthal des „Herrn im Hause“ heruntersteigen. Im März 1907 hat der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller zu dieser Frage Beschlüsse beschloffen, worin den Bezirksverbänden gestattet wird, bei künftigen Kämpfen mit Kommissionen der Arbeiter zu verhandeln, zu denen ein Vertreter der Gewerkschaften zugelassen werden kann. Der Verband bayerischer Metallindustrieller hat im Sommer v. J. die Errichtung einer Schlichtungskommission in Vorschlag gebracht, worin ebenfalls die Zulassung eines Vertreters (Gewerkschaftsvertreter) zu den Arbeiterkommissionen vorgeesehen ist. (Näheres darüber siehe in Nr. 34 „Der Deutsche Metallarbeiter“ vom 24. Aug. 1907.)

Je stärker die Organisationen der Arbeiter in der Großindustrie anwachsen, um so eher wird auch die gegenseitige Verständigung zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisation praktisch in die Erscheinung treten. Die Arbeiter müssen ihr Terrain schrittweise jeden Zoll breit erkämpfen, die Unternehmer zum Verhandeln zwingen. Und dies wird den Gewerkschaften ohne jeden Zweifel gelingen. In einem Gewerbe früher, im andern später. Einmal wird und muß es überall zur Verständigung kommen. Mit diesem Gedanken läßt auch Dr. Gerh. Kessler sein Buch: „Die deutschen Arbeitgeberverbände“ ausklingen, indem er schreibt:

„Nicht nimmt die abtorende Tätigkeit, nehmen Streitversicherung und Ausperrung die meisten (Arbeitgeber-) Verbände mehr in Anspruch als die aufbauende Mitarbeit an Tarifverträgen, paritätischen Nachweisen und Schlichtungskommissionen. Und doch ist es uns vielleicht gelungen, nachzuweisen, daß der Beharrsam und Verständiglichen in den Arbeitgeberverbänden mehr sind als der Unbeharrbaren und Scharmacher. Und nicht den Predigern rüchichtslosen Hercentums und brutalen Klassenkampfes werden Zukunft und Erfolg gehören, sondern den Verfechtern friedlicher Verständigung und besonnenen Anerkennung der Arbeiterrechte.“

Dieses Urteil eines unparteiischen Volkswirtschaftlers darf insbesondere für die Bestrebungen und Ziele unserer christl. Gewerkschaften ermunternd, und zugleich eine Genugtuung sein. Weder dem Klassenkampf von oben noch dem von unten kann Erfolg und Zukunft beschieden sein, sondern dem goldenen Mittelweg der Gerechtigkeit und Verständigung, den unsere christliche Arbeiterbewegung betreten hat und weitergehen wird.

Die gewaltige Entwicklung der Arbeitgeberverbände, die forwährende Steigerung ihrer Machtmittel muß uns Arbeitern aber sehr ernste Lehren und Mahnungen vor Augen halten. Unsere Gewerkschaften sind unabhässig zu stärken und in finanzieller Beziehung zur höchsten Leistungsfähigkeit auszubauen: zu diesem

Zwecke sind hohe Beitragsleistungen zu erwarten. Die Kämpfe in der Zukunft werden viel größere finanzielle Opfer erfordern als in der Vergangenheit, weil größere Massen in die Kämpfe verwickelt und längere von längerer Dauer sein werden.

Die Entwicklung der Arbeitgeberorganisationen ist jedoch kein Grund, die Arbeiter pessimistisch zu stimmen; dieselben bilden die letzte Entwicklungsstufe im Kampfe zum gewerblichen Frieden; um Anerkennung der Arbeiter-Organisationen, Tarifverträge und Schlichtungskommissionen. Voraussetzung ist, daß die Arbeiter mit verdoppelter Kraft an der äußeren Ausbreitung und inneren Erstärkung ihrer Organisationen arbeiten und in der Opferfreudigkeit nicht erlahmen. In dem Maße, wie die Arbeiter diese unumgänglichen notwendigen und selbstverständlichen Pflichten erfüllen, wird sich ihre Zukunft gestalten.

Zum Arbeiterkampf in der schweren Industrie.

Die vom christlichen Metallarbeiterverband eingeleitete Aktion zu Gunsten der Hütten- und Feuerarbeiter beginnt seine Wirkung auszuüben. Der deutsche Reichstag forderte bekanntlich in einem einstimmigen Beschluß vom 16. April 1907 die Reichsregierung auf „Erhebungen über die Lage und gesundheitlichen Verhältnisse der Feuer- und Hüttenarbeiter vorzunehmen“, insbesondere

1. über die Einwirkung der Arbeit in diesen Anlagen, namentlich der Feuerarbeit auf Gesundheit und Leben der Arbeiter (Krankheits- und Unfallgefahr);
2. über die hygienische Beschaffenheit der Arbeitsräume, der bestehenden Wasch- und Badeeinrichtungen, Speiseräume usw.;
3. über die Dauer der täglichen Arbeitszeit, Zahl der (monatlich, jährlich) verfahrenen Schichten, Umfang der Ueberarbeit, Zahl der daran beteiligten Arbeiter und der auf den einzelnen entfallenden Ueberstunden resp. Ueberzuschüssen;
4. über die Möglichkeit der Einführung der achtstündigen Arbeitsschicht für schwere Feuerarbeiten;
5. über die Durchführung der Bestimmungen betreffs der Sonntagsruhe, mit dem Ziel der möglichen Einschränkungen der Sonntagsarbeit;
6. eine entsprechende Bundesratsverordnung auf Grund des § 120 c zu erlassen“.

Zu diesen Vorarbeiten scheint die Regierung jetzt die ersten Schritte einzuleiten, und Arbeiter aus der schweren Industrie als sachkundige Personen vernehmen zu wollen. Ein Werksantrag der Srebacher Hütte (Saarrevier) macht ihren Arbeitern folgendes bekannt:

Der Herr Minister für Handel und Gewerbe wünscht einen Arbeiter, aus der großen Eisenindustrie des Saarreviers, auch einen Arbeitgeber. Der Arbeitnehmer wird von der Firma Rudolf Böding u. Cie. Halbergerhütte von den Arbeitern gewählt, von den

Zweckbetrieben, Knochel- und Kossantagen. Die Wahl wird abgehalten vom Hgl. Gewerbeinspektor, welche stattfindet am Dienstag, den 28. ds. Mts, von 5-7 Uhr. Ein Arbeiter soll gewählt werden, der zum Wohle der Arbeiter steht. Der zu Wählende soll fließend Deutsch sprechen können und soll alle Fragen sichtlich beantworten. Er muß Kenntnisse haben über Ruhe, Pause, Sonntagsarbeit und Ueberarbeit. Fertigkeiten, Fahrt usw. bekommt der Kandidat annehmbar vergütet.

Größe. Müller. Raumann.

So sehr wir uns freuen, daß die Frage des Schutzes für die Arbeiter der schweren Industrie in besserer Fluß kommt, so müssen wir es doch sehr bedauern, wenn die Auskunftspersonen, von denen es doch in hervorragender Weise abhängt, welches Material zutage gefördert wird — einseitig von den Werken in Vorschlag gebracht werden. In diesem Sinne sollte sich die Regierung nicht bios an die Werksleitungen, sondern auch an die in Betracht kommenden Arbeiterorganisationen wenden. Wenn dieses nicht geschieht, darf man den ganzen zutage geförderten Arbeiten schon mit einem gewissen Mißtrauen begegnen, daß sie einseitig zu Gunsten der Werke ausfallen werden. Zuletzt ist es nur der organisierte Arbeiter, welcher nicht nur über seine eigenen Verhältnisse zu urteilen in der Lage ist, sondern auch über die Gesamtheit mehr Einsicht gewinnt.

Das Verlangen ist gewiß berechtigt, daß die organisierten Arbeiter an erster Stelle als Auskunftspersonen herangezogen werden.

Der Arbeitsmarkt in der Metallindustrie.

(Monat Dezember 1907.)

Der Versand in der Roheisenherzeugung war im Berichtsmonat eine Kleinigkeit stärker als im November, trotzdem aber erheblich niedriger wie in den übrigen Monaten des Jahres hauptsächlich infolge der ungünstigen Geldverhältnisse.

Zu den Eisengießereien machte sich in fast allen Bezirken eine Verschlechterung gegenüber dem Vormonat im Zusammenhang mit dem hohen Diskontsatz und vielfach mit dem Nachlassen der Bauätigkeit bemerkbar. In Bayern, Württemberg und im Leipziger Bezirk war die Lage noch gut; doch hat auch hier im allgemeinen eine Abschwächung des Geschäftsganges gegen früher eingesezt. Ein empfindlicher Mangel an Arbeitskräften war nirgends zu verzeichnen; das Angebot an Arbeitskräften hat im Gegenteil überall stark zugenommen, so daß fast überall bereits ein Ueberangebot vorhanden war.

In den Stahl- und Walzwerken ließ die Beschäftigung im wesentlichen gegenüber dem November nach. Dasselbe dürfte für den Versand gelten, da infolge der mäßigen Geld- und Marktverhältnisse der Auftrageingang und Abzug, besonders in Formeisen, sehr zu wünschen übrig läßt. In einigen westfälischen Großbetrieben mußten mehrmals Feiertage eingelegt werden, stellenweise wurden in Rheinland-Westfalen auch Lohnherabsetzungen bis zu 10% vorgenommen.

Umgekehrte Vorgänge der Beschäftigung im Bereich des Ruhrgebietes waren im Berichtsmonat nicht voll beschäftigt, und zwar sind die Abnahme bereits im dritten Vierteljahr an. Im Zusammenhang damit mußte für einige Betriebe eine Herabsetzung der Arbeitsdauer in mäßigem Umfang angeordnet werden.

Die für die Blechwalzwerke im November angezeigte Abschwächung hielt auch im Berichtsmonat im allgemeinen an. Auch hier mußten vielfach Feiertage eingelegt werden oder die Arbeitsschichten verkürzt werden.

Die Röhrenwerke hatten dem Bericht aus dem Rheinland zufolge gut wie im Vormonat zu tun, dem Bericht aus Oberschlesien zufolge hat sich die Lage nicht merklich verschlechtert.

In den Nickelwalzwerken hat die Beschäftigung dem Vormonat und Dezember 1906 gegenüber nachgelassen, wie aus Westfalen gemeldet wird.

Die Industrie für Drahtwaren war den meisten Berichten zufolge sehr mangelhaft beschäftigt, so daß in vielen Betrieben auf Lager gearbeitet werden mußte. Vereinzelt war eine Verminderung oder Verkürzung der Arbeitsschichten nötig. Arbeitermangel war insoweit nicht zu bemerken. Ein ähnlich ungünstiges Bild ergibt sich für die Drahtstiftindustrie.

Der Geschäftsgang in der Remscheid- und kleineren Industrie war nach wie vor schleppend. Die Fabrikation von Schrauben, Muttern, Rieken usw. war nach dem Bericht aus Schlesien auch im Dezember noch gut beschäftigt, jedoch minder gut als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Der Eingang an Aufträgen ließ im Dezember nach und war schwächer als im Vormonat und Dezember 1906. Sehr starkes Angebot herrschte an Handwerks- und Arbeiter. Die Nürnberg- und Metallwarenfabrikation hatte im wesentlichen genügend Arbeit. Das Angebot an Arbeitskräften deckte den Bedarf. In der Radelindustrie trat in den Monaten Oktober bis Dezember eine nennenswerte Veränderung ein. In der letzten Zeit nahm allerdings die Arbeitsgelegenheit vielfach ab. Die verminderte Nachfrage wird zum Teil auf die Krisen in Nord- und Südamerika zurückgeführt. Der Export nach Ostasien ist vollständig ins Stocken geraten. Eine Ausdehnung der Arbeitszeit fand nicht statt, in einem Falle jedoch eine Verkürzung der Arbeitszeit.

Die Lage im allgemeinen Maschinenbau hat sich dem Vormonat gegenüber kaum geändert. Stellenweise wird über eine Abflauung geklagt, die mit dem Diskontsatz im Zusammenhang steht.

Zu den Armaturwerkstätten und Dampfkeiselfabriken war die Beschäftigung vielfach noch gut, besonders aber nach den Berichten aus Norddeutschland zeigte sich die bereits im Vormonat gemeldete Abschwächung.

In der Industrie der Explosionsmotoren dürfte die Geschäftslage wohl als abflauend zu bezeichnen sein. Erwähnt wird in einem Bericht, daß die verlustbringenden Erfahrungen durch die Entscheidungen des Reichsgerichts, betreffend die Ungültigkeit des Eigentumsvorbehaltes an Maschinen, der In-

Aus der Goldstadt Schwäbisch Gmünd.

Aus der Gmünder Gold- und Silberwaren-Edelmetall-Industrie sind nur spärliche Nachrichten überliefert. Die erste beglaubigte Urkunde stammt aus der Zeit der Hohenzollern Kaiser Friedrich II. war es, der die damalige Niederlassung Gmünd (Gmünd) mit Bayern umgab und sie mit vielen Rechten und Privilegien ausstattete. Die Nähe der Hofhaltung der Kaiser auf dem benachbarten Jochenkaufenberge veranlaßte viele reiche und adlige Geschlechter, sich in Gmünd anzusiedeln, deren Bedürfnisse wohl in erster Linie den Anstoß zur Gmünder Goldschmiedekunst gegeben haben.

Im Mittelalter war Gmünd übrigens weniger wegen seiner Leistungen auf dem Gebiete der Goldschmiedekunst berühmt, als vielmehr wegen derjenigen auf dem Gebiete der Wappenschnitzerei. In Gmünd wurden nicht nur Handmaschinen angefertigt, sondern auch Kriegsmaschinen gebaut. Das Wappen der Gmünder Wappenschnitzerei war das später auch als Goldzeichen verwendete Gmünder Einhorn.

Die ersten Erzeugnisse der Gmünder Goldwaren-Industrie waren solche kirchlichen Charakters, wie dies ja auch dem Zuge der Zeit entsprach, und zwar Patenmöhren und Rosenkränze, welche letztere aus Gipsstein, Kupfer, Alabaster, Holz und verschiedenen Edelmetallen gefertigt wurden. Diese Patenmöhren und Rosenkränze waren ein begehrter Handelsartikel, welche bis nach Frankreich, Spanien, Portugal, Brasilien usw. verkauft wurden. Später verfertigte man Medaillons, Anhänger, Kugeln, Knöpfe, Schnallen u. a. m. Reiche, Krüge und größere Sachen wurden jedoch in jener Zeit scheinbar nicht in Gmünd angefertigt.

Aus dem Jahre 1641 kommt die erste Erwähnung der Gold- und Silberwaren-Industrie, in welcher die damaligen Kunst-Geheime wurden sehr lobend genannt.

Vorschriften festgelegt wurden. Berühmt waren die Gmünder Feilgranwaren, welche nach Mustern aus Venedig angefertigt und später zu hoher Vollkommenheit ausgearbeitet wurden. Diese Feilgranarbeiten wurden hauptsächlich zu Frauenschmuck verwendet. Aber eine gegenseitige unheimliche Konkurrenz und ein gegenseitiges Unterbieten (genau wie oftmals heutzutage), nicht weniger aber auch das damals schon in hoher Blüte stehende Institut des Zwischenhändlers wirkte schädigend auf diese Industrie. Die Sachen wurden natürlich noch nicht in fabrikmäßig eingerichteten Betrieben hergestellt, sondern alles war Hausindustrie; höchstens daß einmal in einem Betriebe einige Gesellen gehalten wurden.

Die Leute, welche die Waren anfertigten, standen mit dem Rechnen und Kalkulieren gewöhnlich auf dem Kriegsfuße. Wenn sie ihre Waren fertig hatten, brachten sie dieselben zum Kaufmann (dem heutigen Großhändler), und mußten gewöhnlich anrufen sein mit dem, was dieser ihnen dafür gab. Der letztere machte natürlich immer gute Geschäfte mit den Waren, indem er sie selbst in fremde Länder brachte, die Erzeugnisse dieser Länder dagegen einkaufte und letztere wieder mit hohem Nutzen an seine Lieferanten absetzte, jodoch er im Grunde genommen immer doppelt verdiente. Die Folge davon war, daß die Handelsleute gewöhnlich bald reich wurden, ihre Lieferanten, die Goldwarenerzeuger aber manchmal kaum ja zu essen hatten.

Daß unter solchen Verhältnissen eine Industrie nicht gedeihen kann, ist selbstverständlich. Interessant ist eine Behauptung der Goldschmiedekunst aus der Mitte des 18. Jahrhunderts, welche besagt, daß die Lehrzeit fünf Jahre dauere, gegen Erlegung von fünfzig Gulden bei Beginn der Lehre. Armen Lehrlingen kann das Lehrgeld erlassen werden, sie müssen dafür aber sieben Jahre lernen. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts war die Not unter den Gmünder Goldschmieden so groß, daß deren 300 nach Wien auswan-

derten. Nach und nach wurden die Verhältnisse jedoch wieder besser, besonders dann, als die Erzeuger der Waren zu einer rationellen Arbeitsweise übergingen, als sie anfangen, die unentbehrlichsten Maschinen anzuschaffen, als sie vor allem gelernt hatten, selber zu rechnen und als sie den Vertrieb ihrer Waren selber in die Hand nahmen. Es war dies der Anfang der jetzigen Fabrikbetriebe. Diejenigen, welche tüchtig waren und von irgend einer Seite die nötigen Mittel betamen, wurden Fabrikherren und die anderen bis dahin selbständig gewesenen Arbeiter wurden deren Untergebene.

So hat sich im Laufe der Jahre die Gmünder Gold- und Silberwaren-Industrie zu ihrer heutigen Größe entwickelt. Es sind mehrere Fabriken dafelbst, welche 100-300 Arbeiter beschäftigen und wohl kein Artikel der Edelmetall-Industrie existiert, der nicht in Gmünd verfertigt würde. Wir nennen beispielsweise hier nur: Gold- und Silberjuwelier aller Art, Ketten, Armbänder, Dosen in jedem Genre, Stock- und Schirmgriffe, Bestecke, Tafelgeräte, Becher, Leuchter, Tassen, Silberrahmen u. c.

In der Gmünder Gold- und Silberwarenindustrie werden gegenwärtig etwa 6000 Personen, davon 4000 männliche, 2000 weibliche, beschäftigt. Die meisten wohnen in Gmünd selber, es kommen aber auch sehr viele teils aus weit entlegenen Ortschaften nach Gmünd. Die Landwirtschaft ist im Oberamtsbezirk Gmünd nicht bedeutend und deshalb geht meistens der Vater und auch wohl die Söhne nach Gmünd in die Fabrik, während die Mutter mit den kleineren Kindern daheim die Acker bebauen. Meist haben die Arbeiter auf dem Lande eine oder zwei Kühe; sie bauen das meiste Getreide selber, jodoch sie die wichtigsten Nahrungsmittel selber erzeugen und inselgedessen meist eine gewisse Wohlhabenheit bei ihnen anzutreffen ist, von welcher bei ihren Kollegen in der Stadt infolge der in jeder Beziehung teureren Lebensweise leider nichts zu finden ist. Bis vor kurzem

Aus dem Bereiche Thyssen und der Gutehoffnungshütte.

(Bezirk Mülheim-Dorsten-Sterkrade.)

Tausende und Abertausende Arbeiter sind auf diesen genannten Werken beschäftigt. Aber auch Tausende verlassen in ganz kurzer Zeit diese Stätten, wo sie statt gutem, auskömmlichem Lohn, guter Behandlung, angemessener Arbeitszeit usw., gerade das Gegenteil erhalten. Als bis vor kurzem die Arbeiter halbwegs noch annehmbare Löhne hatten, da dachte die Firma Thyssen, jetzt kommt der Winter, da wechseln die Arbeiter doch nicht so leicht ihre Arbeitsplätze und ist es jetzt Zeit, ihnen einmal ihre Abhängigkeit spüren zu lassen. Flugs wurde den Arbeitern der Abteilung Maschinenfabrik ein Lohnabzug von 20 bis 30 Prozent proklamiert.

Was ein Aufregung und Diskutieren über diesen Streich der Firma, welch hartes Wort wurde über diesen oder jenen Meister oder Vorgesetzten während dieser Zeit von den Arbeitern gesprochen. Eine Betriebsversammlung folgte der anderen, in jeder wurde der Ruf laut, hier muß etwas gemacht werden, das dürfen wir und können wir uns nicht breiten lassen. Man kam zu dem Entschluß, eine Arbeiterkommission nach dem Direktorium zu senden, um ebenfalls den Lohnabzug wieder rückgängig zu machen.

Und der Erfolg? Eine glatte Abgabe des Herrn Direktors Richter, mit der Motivierung: Wenn ihr euch das nicht gefallen laßt, dann muß ich dem Herrn Thyssen sagen, daß er den ganzen Betrieb stilllegen läßt. Was sagten nur die Arbeiter? Garnichts! Ja, sie waren auch nicht in der Lage, hiergegen etwas zu sagen, denn der Herr Direktor Richter bekam von jeder Betriebsversammlung Bericht, ob sich die Arbeiter der Organisation angeschlossen hatten. Und darin liegt eben die Machtlosigkeit der Thyssenschen sowohl wie die der anderen Arbeiter, daß sie bisher organisationslos waren.

Die Arbeiter glaubten eben, daß sie allein etwas ausrichten könnten und mußte deshalb mancher die Erfahrung machen, daß wenn ein Einzelner mal vorstellig wurde, er kurze Zeit darauf seine Invalidentarte in die Hand gedrückt bekam.

So hatten die Arbeiter öfter Gelegenheit, wahrzunehmen, daß sie einzeln ein Spielball in den Händen der Werkleitung sind. Aber organisieren? O, das kostet Geld und unsere Familie muß darunter leiden: diese Mühsal hörte man immer und immer wieder. Sechzig Pfennig die Woche konnten eben die Arbeiter nicht freiwillig zahlen und jetzt müssen sie gezwungener Weise sich 20—30 Mk. und darüber abziehen lassen, welches sie später nie wieder erhalten werden, wenn sie sich nicht im christlichen Metallarbeiterverband organisieren. Aber einige haben ein anderes Mittel ausgeheckt um den Schaden wieder wett zu machen. Und das geht so! Man wühlt und krücht, und schuftet, bis daß es ihnen blau und grün vor Augen wird. Wenn's dann noch nicht hilft, dann werden eben noch ein paar Ueberstüchler gemacht. Es ist deshalb leicht zu erklären, daß heute mehr Unglücksfälle vorkommen, wie früher, weil eben die Arbeiter kaum noch in der Lage sind, mit ihren Gedanken bei der Arbeit zu sein. Man kann hier so recht das Sprichwort anwenden: Es gibt kein größeres Leid, als was man sich selbst antut. Wer nicht hören will, muß fühlen.

Diese Maßnahmen der Firma Thyssen wurden nun in vielen Versammlungen der Arbeiterschaft im ganzen Ruhrbezirk als ein warnendes Beispiel vor Augen geführt. Auch in Oberhausen und Sterkrade wurde ihnen des öfteren zugerufen, organisiert euch, damit es hier nicht auch mal heißt, die Arbeiter konnten den Organisationsbeitrag nicht bezahlen und die Gutehoffnungshütte zeigt es ihnen aber, daß sie noch viel mehr bezahlen können. Und wie es vorauszu sehen war, so geschah es.

Wie ein Lauffeuer verbreitete sich am Samstag voriger Woche die Nachricht von einem 6—11prozentigen Lohnabzug der Hochofenarbeiter und in einigen anderen Betrieben der Gutehoffnungshütte. Es kann den einzelnen Interessenten noch immer nicht einleuchten, daß die Gutehoffnungshütte, welche in diesem Jahre wieder 20 Prozent Dividende verteilt hat, hieran aber noch nicht genug hat. Sondern jetzt ihre Arbeiterfreundlichkeit dadurch an den Tag legt, daß man den sowieso schon schlecht genug bezahlten Arbeitern, den obengenannten Abzug macht. Nach der früheren Interessentlosigkeit dieser Arbeiter zu rechnen, kann man es ganz gut begreifen, daß es der Hütte ein leichtes war, dieses zu bewerkstelligen, weil eben die Arbeiter bisher der Organisation ferngeblieben haben.

Dieser Lohnabzug scheint sie aber doch noch genügt zu haben, denn eine vom christlich-sozialen Metallarbeiterverband einberufene Versammlung am Sonntag, den 3. Februar war dermaßen überfüllt, daß Hunderte wegen Ueberfüllung des Lokales an der Versammlung nicht teilnehmen konnten. Die Anwesenden mußten größtenteils mit einem Stehplatz sich begnügen. Gewerkschaftssekretär Oberhassel, welcher in der Versammlung referierte, sprach mit scharfen und überzeugenden Worten über die unsocialen Maßnahmen der Direktion der Gutehoffnungshütte. — An der Hand von Tatsachen zeigte Reibner, daß es möglich sei, durch die Organisation, solche Lohnabzüge und sonstige Verschlechterungen im Arbeitsverhältnis zurückzuführen, oder wenigstens auf ein beschränktes Maß zurückzubringen; dieses sei aber nur möglich, wenn alle Arbeiter der Gutehoffnungshütte sich dem christlich-sozialen Metallarbeiterverband anschließen würden.

Auch die einzelnen Mißstände wurden einer scharfen Kritik unterzogen, man merkte es den einzelnen Arbeitern an, daß Reibner ihnen so recht aus dem Herzen sprach. Nach 1 1/2-stündigem Vortrag schloß er seine Ausführungen mit der Aufforderung keinen Augenblick mehr zu zögern mit dem Eintritt in den christlich-sozialen Metallarbeiterverband, sonst könnte es ganz gut passieren, daß die Arbeiter der Gutehoffnungshütte zu Opfern, statt Osterreier, nochmals wieder einen Lohnabzug erhalten würden. Nur durch die Einigkeit der Arbeiter und durch festes Werben für die Organisation sei es möglich, für die Arbeiter der Gutehoffnungshütte geordnete Verhältnisse zu schaffen. Im Laufe der Diskussion meldete sich die große Mehrzahl der Anwesenden als Mitglieder an.

Ebenso wie diese Versammlung verlief die für die Nachtschicht angelegte Betriebsbesprechung, auch hier wurden zahlreiche Aufnahmen gemacht. Hoffentlich werden jetzt die noch fernstehenden Hüttenarbeiter ebenfalls den Weg zur Organisation finden, damit auch für sie endlich bessere Zeiten anbrechen.

Auch im Martinwerk sind jetzt die Arbeiter mit einem Lohnabzug bedacht worden. Früher erhielten die ersten Männer für das Heranbrennen einen Schichtlohn von 8.50 Mark, jetzt werden ihnen nur noch 4.50 Mark dafür ausbezahlt. Also einen Abzug von 4.00 Mark. Für die 24-stündige Sonntagschicht erhielten sie früher 17 Mk., heute müssen sie sich mit 9 Mark für dieselbe Arbeit begnügen. Händjäckel und Handleder wurden früher gratis geliefert, wie sich das auch gehört, heute müssen dieselben zur Hälfte von den Arbeitern bezahlt werden. Und dieses wurde, oder mußte von den Arbeitern des Martinwerkes, ohne hiergegen etwas machen zu können, hingenommen werden. Und dann haben die Arbeiter des Martinwerkes noch das Vergnügen, statt des Montagmorgens um 6 Uhr, schon des Sonntags abends um 8 Uhr anfangen zu müssen. Aber organisiert war keiner, trotz der vielen Mißstände und der schweren Arbeit. Eine Versammlung welche am Mittwoch, den 5. Februar, für die Arbeiter des Martinwerkes stattfand, wird hoffentlich den Bahn gebrochen haben, denn auch in dieser Versammlung waren sämtliche Anwesende der Ansicht, daß nur durch die Organisation die Existenz des Arbeiters gesichert werden könnte. Es mel-

Industrie jetzt große Reserve bei der Annahme von Aufträgen auferlegen.

Nach dem Bericht aus dem Werkzeugmaschinenbau über den Arbeitsmarkt im 4. Vierteljahr 1907 war die Beschäftigung keine einheitliche; die größere Zahl der Betriebe bezeichnet sie als gut, in anderen Betrieben war sie ungenügend, teilweise ließ sie nach. Einige kleinere Betriebe, die speziell für den Automobilbau arbeiten, leiden unter dem augenblicklichen Notstand in diesem Geschäftsweige. Im Durchschnitt ist aber der Geschäftsgang befriedigend, doch ist ein Zurückfallen der Käufer zu konstatieren infolge des hohen Geldstandes, der hohen Rohstoffpreise und der Unsicherheit über die nächste Zukunft des Wirtschaftslebens. Die Arbeiternot hat jetzt aufgehört. Die Löhne sind stetig geblieben, behaupten also den in der guten Zeit erreichten Stand oder verfolgen sogar noch eine steigende Richtung. Die Arbeitszeit wurde, von wenigen Ausnahmen abgesehen, im Allgemeinen nicht herabgesetzt. Öfter war vielmehr wegen Dringlichkeit der Lieferungen noch Ueberarbeit erforderlich.

Die Betriebe für landwirtschaftliche Maschinen waren wie im Vormonat nach der Mehrzahl der Berichte trotz der beendeten Saison noch gut beschäftigt.

Im Lokomotivbau war eine wesentliche Veränderung gegenüber dem Vormonat nicht wahrzunehmen, es war im ganzen ein ruhiger Geschäftsgang vorherrschend.

Im Wall- und Wassermaschinenbau trat eine kleine Verschlechterung ein.

Der Maschinenbau für die Textilindustrie hatte hingegen immer noch viel Arbeit. Stetigweise fehlten Arbeitskräfte.

Der Bergwerksmaschinenbau war den vorstehenden Berichten zu Folge etwas lebhafter beschäftigt, wie im November; doch wird bemerkt, daß die Einholung neuer Aufträge schwieriger ist als vorher, da die Kundschaft in der Vergebung von Lieferungen infolge des ungünstigen Geldmarktes zurückhaltend ist.

Die Industrie für Hebezeuge und Transportanlagen war im Dezember im allgemeinen mit Arbeit gut besetzt, nur aus Berlin wird, wie im Vormonat, eine Verschlechterung berichtet.

Der Geschäftsgang im Eisenkonstruktions- und Brückenbau war, soweit Berichte vorliegen, günstig.

Dasselbe gilt für die Betriebe, die sich mit der Herstellung von Eisenbahnmaterial befassen.

Der Schiffbau hatte gleichfalls viel Arbeit.

Der Lokomotivbau war nach wie vor mit Aufträgen gut versehen, so daß sich stellenweise Ueberstüchler nicht vermeiden ließen. Keine Veränderung trat in der anhaltend guten Lage des Eisenbahnwagenbaus ein. Ueberstüchler und Nacharbeit konnten daher auch hier vielfach nicht umgangen werden. (Reichsarbeitsblatt.)

und teilweise auch jetzt noch besteht eine gewisse Rivalität zwischen den Arbeitern aus der Stadt und jenen vom Lande: indem erstere und zwar nicht ganz mit Unrecht glauben, die Arbeiter vom Lande seien mehr geneigt, ihre Kollegen aus der Stadt mit ihren Preisen zu unterbieten, weil sie es nicht so nötig hätten, wie die Arbeiter aus der Stadt. (Das ist auch der Grund dafür, daß die Arbeiter aus den ländlichen Orten viel schwerer für den Organisationsgedanken zu gewinnen waren. Heute tritt allmählich darin ja eine Wendung zum Besseren ein, die hoffentlich weitere Fortschritte machen wird. Red. „Der deutsche Metallarbeiter.“) Es sei hier übrigens rühmend anerkannt, daß die Arbeiter vom Lande morgens fast immer alle pünktlich zu Beginn der Arbeitszeit, morgens 7 Uhr, Sommer und Winter, zur Stelle sind; gewiß keine Kleinigkeit für die Leute, die bei Schnee einen Weg von 1—1 1/2 Stunden machen müssen. Viele Arbeiter vom Lande essen mittags in den hiesigen Wirtschaften; es gibt aber auch eine große Anzahl, welche das Geld sparen, dafür abends daheim essen und mittags mit einem Brode und einem Glase Bier zufrieden sind.

Gearbeitet wird zum Teil auf Stück, zum Teil auf Stundenlohn. Es kommt dies ganz auf den Betrieb und die Eigenartigkeit desselben an. Bei Arbeitern von hohem Werte, zum Beispiel bei Brillantfackeln, von denen ein Stück oft mehrere tausend Mark kostet, und auch bei andern bedeutend wertvollen Sachen, bei denen es aber auf absolut schöne und saubere Arbeit ankommt, ist ein Arbeiter auf Stück fast ausgeschlossen.

Bis zum 1. Oktober 1906 wurde normal in allen Fabriken 10 Stunden lang gearbeitet. Bei großem Geschäftsansturm wurde darüber hinaus gearbeitet, oft bis zu 4 und 5 Stunden täglich, ohne Erhöhung des Stundenlohnes. Bei den Verhandlungen im Sommer 1906 haben die christlich-sozialen Metallarbeiter-

verband und der Deutsche Metallarbeiterverband die meisten ihrer Forderungen bei den Arbeitgebern durchgesetzt. Jetzt wird täglich 9 Stunden gearbeitet.

Die Lehrlinge müssen in der Gold- und Silberwarenbranche 4 Jahre lernen, bekommen aber einen Stundenlohn von 7, 8, 9 und 10 Pfg. pro Stunde im ersten, zweiten, dritten und vierten Jahre.

Der Verdienst der männlichen Arbeiter ist je nach den Branchen verschieden. Derselbe schwankt zwischen 30 und 60 Pfg. pro Stunde. Ganz tüchtige Arbeiter verdienen in einzelnen Branchen auch wohl 70 und 75 Pfg. pro Stunde. Die best bezahlten Arbeiter sind die Drücker, Fassler, Graveure und Eiselseure. Die erwachsenen, weiblichen Personen verdienen pro Stunde 18 bis 30 Pfg., in Ausnahmefällen auch noch mehr.

Das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist in Gmünd im allgemeinen ein gutes; Maßnahmen kommen natürlich auch hier vor.

Nachdem in den letzten Jahren in der Gold- und Silberwarenbranche Hochkonjunktur geherrscht hatte, staute das Geschäft im Laufe des letzten Jahres und besonders gegen Ende desselben infolge des teuren Geldes ganz bedenklich ab. Auch heute noch sind die Aussichten keine guten, und kann man nur hoffen, daß die pessimisten zu schwarz sehen, denn bei der heutigen teuren Lebenshaltung ist ein Arbeiter in den seltensten Fällen in der Lage, einen Notgroschen für schlechte Zeiten zurückzulegen.

Was die Lebenshaltung in Gmünd anbelangt, so ist dieselbe abgesehen von Stuttgart so teuer wie sonst nirgends in Württemberg. Es kommt dies daher, weil fast alle Lebensmittel u. s. w. von weither zugeführt werden müssen, da die Landwirtschaft im Oberamtsebezirk nicht ziemlich belanglos ist.

Einzelne größere Fabriken haben eigene Krankenzugang- oder Retortenrentenstellen, welche recht reichlich wirken. Einige Firmen kaufen auch Holz und Kohle für ihre Angestellten ein, und ziehen den Betrag hierfür in wöchentlichen Raten von dem Lohn

ab, was auch, eine Erleichterung für den Arbeiter bedeutet.

Mit seiner Schwesterstadt Pforzheim kann Gmünd natürlich nicht konkurrieren. Der Hauptgrund hierfür ist die geographische Lage Gmünds, welches nur schwer von Stuttgart einerseits und München, Ulm, Friedrichshafen andererseits zu erreichen ist; war doch die Bahn Stuttgart-Nördlingen seither nur eingleisig; jetzt wird sie allerdings zweigleisig ausgebaut. Pforzheim dagegen ist von Konstanz, Straßburg, Frankfurt, München, Stuttgart sehr leicht und angenehm zu erreichen. Aus diesem Grunde können auch nach Pforzheim wohl 10 mal mehr Einkäufer als nach Gmünd. Der badische Staat hat auch für die Pforzheimer Industrie mehr Wohlwollen gezeigt, durch Erbauung einer Kunstgewerbeschule u. s. w., wie der württembergische Staat für Gmünd.

Außer dieser Hauptindustrie hat Gmünd noch ziemlich bedeutende Bierbrauereien, Maschinenfabriken, Eisengießereien, Möbelfabriken, Mühlen und gemeinnützige Anstalten (Taubstummen-Institute für taubstummblinde und evangelische Blinden-Institute; Institute für Idioten; ein Weisenhaus; städtische Badeanstalt mit billigen Tagen für Arbeiter u. s. w.)

Die Arbeiterorganisationen haben in den letzten Jahren gewaltige Fortschritte gemacht. Allerdings steht auch heute noch ein beträchtlicher Teil der Arbeiterschaft abseits. Die Unternehmer der Edelmetallindustrie haben in jüngster Zeit eine starke Zentralorganisation gebildet und deshalb werden auch die Arbeiter und Arbeiterinnen von Schw. Gmünd und Umgebung nur im Interesse ihrer Selbsterhaltung handeln, wenn sie sich alle ihrer Organisation anschließen. Im Interesse des Gewerbes ist insbesondere eine weitere Erstarkung des christlichen Metallarbeiterverbandes zu begrüßen. b. s.

Derer sich wieder eine Anzahl als Mitglieder unseres Metallarbeiterverbandes an.

Und nun Kollegen der Gutehoffnungshütte! zeigt, daß ihr gewillt seid, für eure Gleichberechtigung zu streiten und daß ihr nicht mehr so gleichgültig an eure irdigsten Interessen vorübergeht; zeigt dafür, daß auch die noch Fernstehenden für die Organisation gewonnen werden! Ein paar Monate tüchtige Aufklärungs- und Werbearbeit wird es dann ermöglichen, daß auch die Gutehoffnungshütte respektieren muß. Dieses geht aber nur, wenn alle sich dem christlich-sozialen Metallarbeiterverband anschließen. Und nun frisch ans Werk, tue jeder seine Pflicht, besuche jeder fleißig die Versammlungen, damit die Hütte Respekt vor euch bekommt und sie sieht, daß die Arbeiterschaft der Gutehoffnungshütte wie ein Mann im christlich-sozialen Metallarbeiterverband organisiert ist.

Gewerkschaftliches.

Das gelbe Fieber in der Oberpfalz.

Die christliche Arbeiterbewegung machte bekanntlich auch vor den Toren der Emailier- und Stanzwerke der Firma Baumann in Amberg nicht Halt. Die Maßregelungen der organisierten Arbeiter durch obige Firma vermochten auch hieran nichts zu ändern, im Gegenteil, die Bewegung wurde stärker, der christliche Metallarbeiterverband gewann mit einem Schläge über 200 Mitglieder. Nun kam man auf das System „Augsburg“, durch Gründung eines gelben Werkvereins. Aufseher und selbst Firmainhaber verlangen von Arbeitern den Austritt aus ihrer gewerkschaftlichen Organisation und Einlieferung des Mitgliedsbuches an die Firma unter Androhung der Entlassung. Hier nur ein Fall aus vielen: Ein Arbeiter bezog infolge Krankheit vom christl. Metallarbeiterverband 96 Mk. Unterstützung; nach seiner Genesung wurde derselbe vor die Alternative gestellt, Austritt aus obigem Verband oder brotlos!

Wären nicht auch hier die drei Monate angemessen, welche der § 153 der Gewerbeordnung für Arbeiter vorseht, die eine Drohung oder dergl. sich erlauben, um Mitglieder für ihre Organisation zu gewinnen? fragt hier mit Recht der „Arbeiter“ München, das Verbandsorgan der süddeutschen katholischen Arbeitervereine. Die Vergewaltigung der Koalitionsfreiheit ist noch straflos. Neben diesem Zwang wird den Arbeitern immer wieder der Beitritt zum gelben Gewerksverein empfohlen. Daß „Empfehlung“ von Vorgesetzten häufig als Befehl gemünzt wird, ist bekannt. Um die gelbe Sache zugünstig zu machen, wurden den Gelben die Weihnachtsfeiertage als Lohnstage bezahlt. Der von der Gewerkschaft zur gelben Unternehmerorganisation Uebertretende erhält Lohnezulage.

Hier fände die Hl. Justitia wirklich ein dankbares Feld der Betätigung. Jene Arbeiter, die trotz die em Druck und dem in Aussicht stehenden Uebermaß an Wohltaten an ihrer Ueberzeugung festhalten — und deren sind nach Hunderte — verdienen nicht nur Anerkennung sondern auch gesetzlichen Schutz. In genanntem Betrieb sind Löhne von 12—14 Mk. pro Woche für verheiratete Arbeiter keine Seltenheit. Die Emailindustrie gehört mit zu den gesundheitschädlichsten Erwerbsarten. Es ein wäre verhängnisvoller Irrtum zu glauben, die Arbeiterschaft ließe sich dauernd mit „gelben“ Wohltaten über diese ihre Lage hinwegtäuschen. Die gelben Drahtzieher „vertreten“ übrigens auch Arbeiterinteressen, machte doch genannter Werkverein eine Eingabe, auch am — Hl. Drei-Königstag arbeiten zu lassen. Doch auch über diese gelben Anstrengungen wird der Gedanke der freiwirtschaftlichen und selbstständigen Arbeiterorganisation noch sieghaft triumphieren und die Firma Baumann, die von jeher in der Bevormundung der Arbeiter schon das möglichste geleistet hat, wird am Schluß noch wenig Freuden an den Gelben erleben.

Die christlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Ambergs aber werden sich durch die gelben Lockungen nicht beirren lassen und desto fester im christl. Metallarbeiterverband zusammenstehen und ihre Reihen verdichten, allen Feinden zum Trotz, sich selbst zum Schutz.

Ein sonderbares Anziehungsmittel.

Der Großindustrielle Köchling in Lothringen bezahlt seinen „getreuen“ Arbeitern bekanntlich eine Jahresprämie von 20 Mk. für den Verzicht aufs Koalitionsrecht. Neuerdings bekommen die Kinder der gelben Hüttenvereine auch noch unentgeltliche Schulmittel. Trotzdem wollen die Arbeiter von diesem gelben Paradies nichts wissen. Um nun dem fortschreitenden Arbeitermangel vorzubeugen, müssen die selbständigen Dinge herhalten. So wurde in dem Dorfe Arweiler i. Loth., einem Ort mit 800 Einwohnern und vier Gasthöfen, ein Konzeptionsgebet um eine weitere Gastwirtschaft damit begründet, daß Herr Köchling die Neu-Konzeptionierung für notwendig halte. Er (Köchling) bekomme sonst keine deutschen Arbeiter nach seiner vor zwei Tagen im Arweiler errichteten Schachtanlage. Im Interesse des Deutschlands und der Industrie sei das bedauerlich, da sich sonst Italiener und Koraten ansiedeln würden. Heute

welcherten sich deutsche Arbeiter nach N. zu gehen, da die vier Gasthöfe vollständig verlasten. Auch fehlte es den Frauen an Vergnügungen und Zerstreuungen.

Zu was die Stärkung des „armen Deutschlands“ nicht alles herhalten muß! Und wie es nicht ein geradezu großes Schlaglicht auf die Art der Auffassung deutscher Industrieller über deutsche Arbeiter? Darin liegt aber auch die Erklärung für die Behandlung der Arbeiter. Statt Rechte den Arbeitern zu gewähren, richtet man Gastwirtschaften ein und handelt mit ihnen um's Koalitionsrecht. Die Lothringer Arbeiter, besonders die Kranen, sind der Meinung, daß die Vergnügungssucht heute schon ein bedenkliches Maß überschritten habe, so daß vielmehr deren Einschränkung auf die Tagesordnung gehöre. Das bezeichnendste aber ist, daß hunderte von deutschen Arbeitern über die Grenze zu gehen gezwungen wurden infolge von Makreelunaen durch deutsche Unternehmer. Wann wird dieses Unternehmertum einmal zur richtigen Einsicht gelangen? Bestimmt wollen wir ihnen verriethern, daß an eine Aenderung der bestehenden Verhältnisse so lange nicht zu denken ist, als man an der Nichtanerkennung der Arbeiterrechte festhält. Das kern aber weder im Interesse des Deutschlands noch der Industrie liegen. Beides läßt sich nicht mit der Neuerrichtung von Gasthöfen heben, sondern mit einer geistig und sittlich hochstehenden Arbeiterschaft. Zu einer solchen gehört aber Bewegungsfreiheit, Licht und Luft zur praktischen Anwendung der staatsbürgerlichen Rechte. Mit vielen Gasthäusern und Alkohol wie mit schimpflichem Kauf des Koalitionsrechts werden nur stumpfsinnige Geistes oder innerlich mit aller Welt zerfallene Charaktere herangezogen.

Saarabisches.

„Ich hörte einen grunzenden Ton aus der Mitte heraus.“

Wie die kleinen Geister der Hüttenwerke im Saarrevier sich ein Lob ihres „Herrn“ verdienen wollen, zeigt folgender Vorfall:

Der Bezirksleiter Wernerus des christlichen Metallarbeiterverbandes hat te eines morgens von 5—7 Uhr vor einer Fabrik Flugblätter verteilt und einige Herrn, die auf der Hütte ein Bötchen besaßen, sahen diese ihnen „unangenehme“ Tat. Der Eine, ein „schneidiger“ Ingenieur, hörte bei dieser Gelegenheit sogar „einen grunzenden Ton“ und es erhielt Wernerus ein Strafmandat, welches lautet:

Nr. 658 der Strafliste. Formular IV.

An den Herrn Leonh. Wernerus, Gewerkschaftssekretär zu

Maistatt.

Sie haben am 28. November d. J., Vormittags 6½ Uhr, in Brebach auf dem Bürgersteige vor dem Haupteingange der Halberger Hütte dadurch, daß Sie bei Verteilen von Flugblättern durch lautes Zurufen die Arbeiter anlockten, einen großen Menschenauflauf verursacht, bezw. eine Belästigung des Publikums hervorgerufen und mißlich großen Unmut verübt. Die Uebertretung wird bewiesen durch den Hüttenmeister Gaf. Liekenstein, St. Anwalt, Ingenieur Jul. Schäfer, Portier Mik. Marsdorf, Bediener Peter Nidel, Brebach, Wiegendler Hermann Böck, Gießingen, Portier Gg. Köst, Fießingen, sowie Portier Friedr. Witzheim, Neufheidt.

Es wird deshalb gegen Sie auf Grund des § 360, 11 des Reichsstrafgesetzbuches eine bei der Gemeindefasse Brebach zu erlegenden Geldstrafe von 5 Mark, an deren Stelle, wenn sie nicht bezutreiben ist, eine Haft von zwei Tagen tritt, hierdurch festgesetzt.

Sollten Sie sich durch diese Strafrechtung bedauern haben, so können Sie innerhalb einer Woche, von Zustellung dieser Verfügung an, bei der unterzeichneten Behörde schriftlich oder zu Protokoll, oder bei dem zuständigen Amtsgerichte schriftlich oder zum Protokoll des Gerichtsschreibers auf gerichtliche Entscheidung antragen. Er, obgleich binnen dieser Frist ein solcher Antrag nicht, so wird die festgesetzte Strafe vollstreckt.

Gegen die Verjüngung der Antragsfrist kann Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beantragt werden, wenn der Beschuldigte durch Naturereignisse oder durch andere unabwehrbare Zufälle an der Einhaltung der Frist verhindert worden ist. Der Antrag muß binnen einer Woche nach Bezeichnung des Hindernisses unter Angabe des Glaubhaftmachung der Verjüngungsgründe bei der Polizeibehörde oder bei dem Amtsgerichte angebracht werden.

Brebach, 4. Dezember 1907.

Die Polizeiverwaltung
Der Bürgermeister
Becker.

Beif gegen diese Strafrechtung Berufung eingelegt wurde, kam die Sache am 31. Jan. vor das kgl. Schöffengericht in Saarbrücken. Die Staatsanwaltschaft hatte den Herrn Ingenieur Jul. Schäfer und Hüttenmeister Tat Liekenstein als Belastungsbeweiser geladen. Dem Wernerus waren ein paar Arbeiter geladen, die übereinstimmend bekundeten, daß derselbe in aller Ruhe Flugblätter verteilt habe und daß hunderte von Leuten um ihn her-

um sich ein Flugblatt geben ließen. (Die polizeiliche Erlaubnis war hierfür erteilt.)

Wie entstand nun die Anklage? Doch nur dadurch, daß die genannten Zeugen sich als „Retter“ des saarabischen Kapitals aufspielten wollten und hingegangen sind, um der Polizei ganz unwahre Behauptungen über die Vorkommnisse mitzutheilen. Die schärfsten Aussagen machte der Ingenieur Schäfer.

Er sagte:

„Ich kam morgens an das Fabriktor und fand den Eingang versperrt. Es stand da eine große Menge Menschen und in der Mitte ein Mann, der Bettel verteilte. Ich sagte: „Dommermetter, was ist hier los?“ Ich hörte einen grunzenden Ton aus der Mitte.“ (Wer lacht da. S. R.)

Nicht treffend kennzeichnete der Verteidiger den Bildungsgrad des Zeugen, indem er erwiderte: „Von Schweinen hört man grunzen, aber nicht von Menschen.“

Als der Zeuge gefragt wurde ob er sonst noch etwas wisse, lautete die Antwort: „Nein.“ Ob dieser „großartigen“ Beweisführung beantragte selbst der Herr Staatsanwalt Freisprechung: „weil der Angeklagte nicht nur nicht durch lautes Zurufen Angekloft, sondern sogar die Drängenden abgewehrt habe.“

Der Angeklagte wurde freigesprochen, und die Kosten der Staatskasse auferlegt!

Nicht ohne Grund wird man hier das geprägte Wort anwenden: „Mit dem groben Unfugspargraphen wird grober Unfug getrieben.“ In diesem Falle war es nicht die Behörde, sondern es waren die Deunzianen, welche die falschen Angaben gemacht hatten. So werden Strafen verhängt und der Staatskasse Kosten verursacht. Unfug ist es, ehrsame Menschen in dieser gewöhnlichen Art zu denunzieren und die Behörde durch unwahre Angaben zu belästigen. Wenn dann unter Eid bezeugen werden soll, hörte man „nur einen grunzenden Ton.“

„Berliner“ Ehrlichkeit.

Trotz der allbekannten Tatsache, daß mit sich Berlin wegen der dort vorhandenen großen „Wahrheitsliebe“ und „Aufrichtigkeit“ eine ernsthafteste Bedenke überhaupt unmöglich ist, müssen wir uns heute doch wieder mit den Leuten beschäftigen. Der Berliner „Arbeiter“ ist noch immer ganz aus dem Häuschen, daß wir in Nr. 2 einen Teil der Rede des Herrn Diszellanpräses Pfarrer Lehmann aus dem Bericht des Allensteiner Volksblattes wiedergegeben und die Bemerkung daran gefügt hatten: Eine solche Erziehung zur slavischen Hundedemut würde man bei den Gelben vergeblich suchen. Mit der bekannten Berliner Auslegungskunst und „Aufrichtigkeit“ schreibt der Berliner „Arbeiter“ lüth und dreist, wir hätten „Christliche Jugend als Hundedemut bezeichnet.“ Das sei ihm weiter nicht krumm genommen; ähnliche dreiste Unterstellungen haben sich ja schon höherstehende und für die kathol. Sache sehr verdienstvolle Männer und Organe von sich Berlin gefallen lassen müssen. Diese Art des Kampfes ist nun einmal eine spezifische Eigenart der Berliner Moralphilosophen.

Dann leistet sich der Berliner „Arbeiter“ in demselben Artikel das höchste in der unehelichen Kampfesweise, dabei in der raffiniertesten Weise auf die Dummheit und Urteilslosigkeit seiner Leser spekulierend. Er schreibt nämlich, wir hätten das Zitat aus der Allensteiner Rede „angeblich als Bericht des Allensteiner Volksblattes wiedergegeben,“ und nennt das ganze dann

„eine ganz niedrige Fälschung.“ Da hört sich einfach alles auf. Daß der „Arbeiter“ sich Berlin seine Leser in einer solch unglaublich plumphen Weise irre zu führen und gegen eigene Gesinnungsgenossen aufzuheben wagt, könnte uns ja vom agitatorischen Standpunkte aus recht sein, weil er es uns so leicht macht, ihn der Verleumdung zu überführen, wenn es nicht so überaus traurig und für unser ganzes christliches Lager tief bedauerlich wäre. Wie kommt der Berliner „Arbeiter“ zu einer solchen mehr wie frechen Verleumdung, die jeglicher Grundlage entbehrt. Wir fragen sich Berlin, obgleich wir voraus ahnen, daß er seine Kneifen und nicht antworten wird:

Welches Wort oder welcher Satz ist in unsem Zitat aus der Allensteiner Rede gefälscht?

Auch nicht eine Silbe ist daran gefälscht! Zudem war die Quelle: Allensteiner Volksblatt Nr. 29 vom 24. Dezember 1907, deutlich angegeben. Und daß die genannte Zeitung nicht zu Ungunsten der Fachabteilung berichtet, mag schon daraus hervorgehen, daß dieses Blatt eines von den wenigen Zentrumsorganen ist, die auf Seiten der Fachabteilungen stehen.

Zur Befriedigung „Berliner“ Kampfesweise fragen wir weiter, ob es eine „ganz niedrige Fälschung“ ist, wenn ein Blatt aus einer langen Rede nur einen Teil zitiert und das auch ausdrücklich bemerkt, wie es von uns geschehen ist. Die Redaktion der „Germania“ Berlin wird wahrscheinlich „sich annehmen“ beirrt sein, als gestrenger Richter für diese „ganz niedrige Fälschung“ vom Berliner „Arbeiter“ vorgeschoben zu werden. Wenn wir „gefälscht“ haben, dann ist noch keine Nummer des Berliner „Arbeiter“ erschienen, in der keine „ganz niedrige Fä-

schung" enthalten gewesen ist. Ja, dann hat das Facharbeiterorgan in demselben Artikel, worin es sich dieser Verleumdung schuldig macht, selbst eine solche, ganz niedrige Fälschung begangen. Es drückt nämlich eine Erklärung von uns, die wir in der "Germania" veröffentlichten, auch nur zum Teil ab. Bei den Berliner Uebermoralisten ist das natürlich erlaubt, vielleicht sogar ein Verdienst, was sie andern Leuten als "niedrige Fälschung" antreiben wollen. Ist das auch "christliche Tugend"? — Leider gibt's keine parlamentarischen Worte, um den Verfälschern einer solchen Moral die ganze "Hochachtung" christlicher Leute zum Ausdruck zu bringen.

Der "Arbeiter" entwirft sich dann auch über die andern christlichen Gewerkschaftsblätter, die sich mit der berühmten Menckner Rede beschäftigt haben, vornehmlich über das Zentralblatt. Im Anschluß daran kommt der bei sich Berlin bis zur Vollenbung eingeleitete pharisäische Tugendauflauf mit dem "inhaltsschweren" Stoffeifer:

"So weit sind wir wirklich schon mit christlich sich nennenden Gewerkschaftsblättern gekommen! — Die rein wirtschaftlichen Grundzüge tun in unserm katholischen Volke ihre Wirkungen."

Auf diese scheinheilige Annäherung der Berliner, sich als die Zionswächter des katholischen Volkes aufzuspielen, wollen wir im Hinblick auf die vorstehend gebrandmarkte Kampfesweise der Berliner Uebermoralisten nur im ähnlichen Fargen antworten:

Soweit sind wir wirklich schon mit u b e r katholisch und einzig katholisch sich gerierenden Leuten gekommen. — Die Berliner Schwarzgeistereien tun in gewissen Köpfen schon ihre Wirkung, leider auf Kosten der Wahrheit und Aufrichtigkeit.

Streits und Lohnbeweannque.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuliefern; andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

Saar. Firma G. Wagner & Co. (Schraubensabrik) wegen Maßregelung der christlichen Gewerkschaftler und Mitglieder des kath. Arbeitervereins gesperrt. Werkzeugmacher und Schlosser insbesondere fernhalten.

Angsburg. Zugang von Kupferschmieden für die Auesburger Maschinenfabrik streng fernzuhalten. Die organisierten Kollegen wurden von genannter Firma entlassen.

Bocholt. Ueber die Herdfabrik Firma J. B. Elsinghorst ist die Sperre verhängt.

Söln. Die Firma Utermöhle, Luxuswagenfabrik hat sämtliche Schmiede und Stellmacher ausgesperrt, weil sie einer Verlängerung der Arbeitszeit (von 9 1/2 auf 10 Stunden) nicht zustimmen wollten.

Dinlage. Wegen Maßregelung von Kollegen ist über die Firma Holthaus (Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen) die Sperre verhängt.

Lünen. Ueber die Firma Gottfr. Quittmann ist die Sperre verhängt.

Singen. Ueber die Fittingswerke ist die Sperre verhängt.

Saarbrücken. Ueber die Elektrizitäts-Aktiengesellschaft St. Johann (Saar) ist wegen fortdauernder Maßregelung der christlichen Gewerkschaftler die Sperre verhängt.

Stuttgart. Die hiesigen Flachner und Installateure stehen in einer Tarifbewegung.

Zugung ist fernzuhalten.

Ahlen i. W. Wie den Kollegen bekannt, schwebt zwischen den Westfälischen Stanz- und Emailierwerken in Ahlen und uns ein Prozeß, um die zwischen uns und der genannten Firma bestehenden Differenzen zu klären. Wir ersuchen unsere Mitglieder, sich vor etwaiger Annahme von Arbeit in Ahlen bei unserm dortigen Verbandsvertreter zu melden.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 16. Februar der achte Wochen-Beitrag für die Zeit vom 16. bis 23. Februar 1908 fällig.

Alle den Verband betreffenden Zuschriften ohne Unterschied, sowie alle Geldsendungen für den Verband sind an die Geschäftsstelle des Christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes, Duisburg, Seitenstraße 19, zu adressieren.

Die Ortsgruppen Siegen, Leipzig und Straßburg erhalten hiermit die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrages von 10 Pfg. wöchentlich. Die Nichtbezahlung hat die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Bei der Neuwahl der Vorstände in den einzelnen Ortsgruppen ist im Interesse einer pünktlichen Zustellung des Verbandsorgans nach Möglichkeit die Beibehaltung einer ständigen Zeitungsadresse anzustreben.

Ein ganze Reihe von Ortsgruppen bezieht von der Zentral fortgesetzt ein Zahl von Zeitungen, die das Bedürfnis bei Weitem übersteigt. Es wird deshalb erneut darauf hingewiesen, daß das Organ grundsätzlich nur für die Mitglieder bestimmt ist. Zur Agitation darf dasselbe nur in ganz besonderen Fällen verwendet werden, da die Flugblätter und das sonstige Agitationsmaterial sich viel besser dafür eignen. Darum muß in Zukunft von allen Ortsgruppen verlangt werden, niemals mehr Exemplare zu bestellen, als durchaus notwendig sind. Um allen unnötigen Postkassationen vorzubeugen, ist fortan bei Mehrbestellungen auf den Bestellkarten auch die Zahl der Mitglieder anzugeben oder der erhöhte Bedarf genügend zu begründen.

Aus dem Verbandsgebiet.

Würzelen. Das vergangene Jahr war für unsere Ortsgruppe weniger ein Jahr des Kampfes, als vielmehr ein Jahr der äußeren Entwicklung und der inneren Befestigung unserer Ortsgruppe. Zeugnis hierfür legte der auf unserer Generalversammlung am 19. Januar den Mitgliedern in vierseitiger Form vorgelegte und vom Kassierer, Kollegen Schwarz, erstattete Jahresbericht ab. Als 2. Vorsitzender leitete Kollege Fr. Schümmer die Generalversammlung und gedachte einleitend der heute vor drei Jahren durch die Explosion auf der Königmannschen Fabrik verunglückten drei Kollegen und der 4 Kollegen, welche im Berichtsjahre gestorben sind, deren Andenken die Anwesenden durch Erheben von ihren Sitzen ehrten. Er legte dann den Jweil einer Generalversammlung dar. Auf der Generalversammlung soll der Vorstand Rechenschaft geben über Dasjenige, womit die Mitglieder ihn im Anfang des Jahres betraut haben. Dann aber auch sollen die Mitglieder einmal mit sich selbst Rechenschaft halten und sich die Frage vorlegen, war ich im vorliegenden Jahre in jeder Beziehung ein tüchtiges, tätiges und opferwilliges christliches Verbandsmitglied.

Kollege Schwarz erstattete dann den Jahresbericht. Aus demselben ist hervorzuheben: an Versammlungen haben zusammen 42 stattgefunden. Davon waren 16 Vorstand- und Vertrauensmännerversammlungen. Es wurden 27 Vorträge behandelnden Inhalts und über die aktuellsten Fragen im sozialen und gewerkschaftlichen Leben gehalten, welche außer zehn alle von Vorstandsmitgliedern gehalten wurden.

Folgende Fragen wurden behandelt:

Erläuterung der Statuten. Notwendigkeit der christl. Gewerkschaften. Fortschritte der christl. Gewerkschaften im Jahre 1906. Notwendigkeit und Aufgaben der christl. Gewerkschaften. (2 Vorträge.) — Kleinagitation. Ideale der deutschen Gewerkschaftsbewegung. (2 Vorträge.) — Tätigkeit und Bedeutung der Gewerkschaften. (5 Vorträge.) — Die soziale Gesetzgebung unter Berücksichtigung der Gewerkschaften. Arbeitsnachweis innerhalb unseres Verbandes. Was wollen die christl. Gewerkschaften? Aufgaben der Ausschußmitglieder und die Pflichten der Arbeiter dem Ausschuß gegenüber. (2 Vorträge.) — Entstehung der Arbeiterfrage. Begriff und Umfang der Arbeiterfrage. Die Lüttenarbeiterkonferenz in Duisburg. Folgen des Alkoholgenusses. Gewerbeaufsichtsbeamten und Unfallgesetz. Der zweite deutsche Arbeiterkongress. Unfallgesetz. Ursachen, Wesen und Zweck der Gewerkschaften. Streik bei Görtsche oder wer betreibt Arbeiterverrat?

Außer den obengenannten Versammlungen haben noch 52 Geschäftsstunden stattgefunden. Deren Tätigkeit war folgende:

Schlichtung von Differenzen zwisch. Mitglieder	4
Schlichtung von Differenzen zwisch. Arbeitgeber	1
Berechtigte Beschwerden von und gegen Mitglieder und Arbeitgeber	5
Schriftliche in Verbandsangelegenheiten	10
Schriftliche für Mitglieder privater Natur	8
Steuerverklamationen für Mitglieder	14
Klagen am Schiedsgericht in Unfall- und Invaliditätsfällen	10
Anfertigung und Aufstellung von Flugblättern	20
Beschlüsse z. Abhaltung v. Versammlungen etc.	14
Einladungen zu Versammlungen	12
Abrechnungen fertig gestellt	9
Abrechnungen mit den Vertrauensmännern	24
Extraktlisten für die Zentrale angefertigt	6
Revision der Mitgliedsbücher	6
Aufstellung einer Lohnforderung	1
Beschlüsse zur Abhaltung der Hausagitation	2
insgesamt	146
Selbstgedruckte Flugblätter und Postkarten für Agitation	285
für Einladungen	733
für Bekanntmachungen und Aufklärungen	2040
insgesamt	3058
Gedruckte Flugblätter wurden hergestellt:	
f. Aufklärung über d. Erwerbslosenunterstützung	1000
für Aufklärung über die Gewerbegerichtsbarkeit	2000
für öffentliche Versammlungen	4200
für Winterprogramme	600
für Aufklärung über die Bielefelder Angelegenheit auf Bezirksrechnung	8000
insgesamt	15800

Auf dem Bezirksfähigkeitsapparat wurden 2058 Flugblätter zur Aufklärung der Mitglieder und Versammlungs-Einladungen gemacht. An gedruckten Flugblättern wurden 15 800 verteilt. Es sind an Briefe und Postkarten eingegangen zusammen 180, es gingen aus 906.

Wir hatten im Berichtsjahre zwei Hausagitationen abgehalten. Die erste fand im Frühjahr in Weiden statt, welche jedoch von wenig Erfolg war. Die zweite wurde anfangs Dezember vorigen Jahres abgehalten. Der Erfolg dieser gut vorbereiteten Hausagitation war die Gewinnung von 30 neuen Mitgliedern. Die Mitgliederfluktuation war im Berichtsjahre eine sehr starke. Der Mitgliederbestand am 1. Januar 1907 war 381 Mitglieder. Es wurden aufgenommen 126 Mitglieder.

75 Mitglieder meldeten sich ab, 18 verstarben, 33 traten zum Militär ein und es starben 4, zusammen 107 Mitglieder. Und so betrug der Mitgliederbestand am 31. Dezember 1907 rund 600 Mitglieder, gegenwärtiger Bestand 624 Mitglieder.

Im Berichtsjahre erfolgten 22 Arbeitslosen-Verordnungen mit insgesamt 582 arbeitslosen Tagen. An Arbeitslosenunterstützung wurden ausbezahlt 382,94 Mark. Krank-Verordnungen erfolgten 136 mit insgesamt 2444 Krankheitsstage. An Unterstützung wurde ausbezahlt 2429,55 Mark. Zusammen wurden also an Erwerbslosenunterstützung 2812,49 Mark ausgezahlt.

Die Einnahmen und Ausgaben ergeben nach dem vom Kassierer, Kollegen Schwarz, erstatteten Jahresbericht folgendes Bild:

Bilanz der Verbandskasse.

Einnahmen:		
An Einnahmen v. 120 Neueingetretene	Mk.	54,00
" 25811 Beitragsmarken	z 50 Pfg.	12905,50
" 2879	z 25 "	719,75
" 2169 Delegiertensteuermarken	10 "	216,20
" Einnahme von drei Ehrenmitglieder	"	15,00
" Sammlungen für die Schneiderbewegung	"	60,60
Summa Mk.		13971,05
Ausgaben:		
Für 15% der Wochenbeiträge	Mk.	2043,78
" Krankenunterstützung	"	2429,55
" Arbeitslosenunterstützung	"	382,94
" Wanderunterstützung	"	3,00
" Krankengeldunterstützung	"	204,00
" Sterbegeld	"	160,00
" An die Zentrale abgeandt	"	8687,18
" Sammlungen f. die Schneiderbewegung	"	60,60
Summa Mk.		13971,05

Bilanz der Lokalkasse.

Einnahmen:		
An Kassenbestand am 1. Januar 1907	Mk.	749,42
" 10% der Wochenbeiträge	"	2043,78
" Extra Beiträge für die Lokalkasse	"	2692,05
" Zurückgezahlte Unterstützung	"	3,50
" Sammlung für die Bauhandwerkerfreie	"	23,00
" Finken vom Jahre 1906	"	46,54
" Zurückgezahlte Rechnung vom Ortskartell	"	15,75
Summa Mk.		5567,05
Ausgaben:		
Für Agitation, Flugblätter und Versammlungen	Mk.	301,11
" Verwaltung, Porto und Schreibmaterial	"	597,39
" Abgabe an die Bezirkskasse	"	1021,80
" " Bezirks- und Ortskartell	"	285,59
" Delegiertensteuer an die Zentrale	"	216,20
" Sammlung für den Bauhandwerkerstreik	"	23,00
" Kostandsunterstützung	"	265,90
" Gegenwärtiger Lokalkassenbestand	"	2721,63
" Bibliothek	"	134,43
Summa Mk.		5567,05

Kollege Foj. Linden erklärte im Namen der übrigen Revisoren, daß die Kassengeschäfte in bester Ordnung befunden worden seien und ersuchte die Kollegen, dem Kassierer Entlastung zu erteilen, was unter allgemeinem Beifall des Dankes geschah.

In der Diskussion wurde dem Vorstande für seine Mühen und Arbeiten vonseiten der Mitglieder vollste Anerkennung gezoht. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Franz Schümmer; 2. Vorsitzender Foj. Linden; 1. Kassierer Wilh. Schwarz; 2. Kassierer Foj. Köp; 1. Schriftführer Ref. Schaffrath; 2. Schriftführer Foj. Gläsen. Es wurden ferner noch 6 Beisitzer und 6 Kartelldelegierte gewählt.

Mit dem Schlusssatz des 1. Vorsitzenden, in welchem er die neuen Vorstandsmitglieder auf ihre Pflichten und hohen Aufgaben aufmerksam machte, welche sie mit der Annahme der Vorstandsposten übernommen haben und in welchen es nochmals die Mitglieder an ihre Verbandspflichten erinnerte, fand die schon verlaufene Generalversammlung ihr Ende.

Amertung der Redaktion. Das ist ein Jahresbericht mit Inhalt, so wie er sein soll. Wir haben ihn deshalb so ausführlich wiedergegeben — ausführlicher wie es die Würzelen Kollegen verlangt haben —, damit er mancher andern Gruppe als nachahmenswertes Beispiel dienen kann. Aber nicht die Berichterstattung für sich allein soll zur Nachahmung anspornen, sondern die praktische Tätigkeit während des ganzen Jahres, die sich in diesem Generalversammlungsbericht wieder spiegelt und die der Ortsgruppe Würzelen die vollste Anerkennung eines jeden Gewerkschaftlers sichern muß. Diese praktische und erfolgreiche Arbeit ist noch um so höher zu bewerten, wenn man berücksichtigt, daß diese Arbeit ohne freigestellten Beamten geleistet wurde. Das mögen sich besonders diejenigen Gruppen merken und einprägen, die, obwohl lange nicht so stark wie Würzelen, fortwährend nach Beamten schreien und ohne Beamten die Hände ins Korn werfen wollen. Wo guter Wille, Regsamkeit, einträchtiges Zusammenarbeiten und Opfertüchtigkeit vorhanden ist, da lassen sich auch schon Fortschritte erzielen und praktische Gewerkschaftsarbeit leisten. Das zeigt uns das Beispiel von Würzelen.

Stolberg. In letzter Zeit fängt es unter den hiesigen Arbeitern wieder an, sich zu rühren und zu reuen. Der bisherige Kampfgeist hat ihnen die schwersten Nachteile beiseite und jetzt kommen sie allmählich zur Erkenntnis, daß der einzelne Arbeiter machtlos und der Zusammenhalt in der Berufsorganisation unumgänglich notwendig ist. Diese Stimmung hatte sich auch auf unserer Generalversammlung am 18. Januar übertragen, die einen sehr anregenden Verlauf nahm. Der Vorsitzende gab w-

nächst einen interessanten Überblick auf die Bewegung am hiesigen Orte. Dann erzielte er dem Schriftführer das Wort zur Erläuterung des Jahresberichts, worin zum Schluß gesagt wird: Während der letzten Monate haben wir einen erheblichen Zuwachs aus den Reihen der Blei- und Zinkarbeiter zu verzeichnen gehabt. Allerdings waren es weniger ideale Beweggründe, die diese Kollegen in unseren Verband einführten, sondern die wirtschaftliche Notwendigkeit. Die schwerwiegenden Verschlechterungen in den Arbeits-Verhältnissen in den Knappschichtverhältnissen, ferner die sonstigen zahlreichen Mißstände haben ihnen die Augen geöffnet. Sie haben eingesehen, daß mit Furcht und Schrecken nichts zu erreichen ist, und daß der beste Rückhalt und die wichtigste Stütze nur im christlichen Metallarbeiterverband zu suchen ist.

Aber, Kollegen, bleibt nunmehr nicht bei halber Arbeit stehen. Es genügt nicht, Mitglied dem Namen nach zu sein, sich jetzt auch Männer der Tat! Mit dem Beitragszahlen allein ist man noch nicht Gewerkschaftler: jetzt heißt es auch überall die Organisationspflichten zu erfüllen. Jede Versammlung besuchen, das Organ studieren, an allen Fortbildungen zur Schulung und Bildung teilnehmen, das macht erst den vollwertigen Gewerkschaftler. Dann Kollegen, helft alle den schämen, heimtückischen Feind der Organisation, des Fortschritts bekämpfen, nämlich den Egoismus. Gewiß wollen und sollen wir alle an unser materielles Fortkommen denken, deshalb jähren wir uns ja in Gewerkschaften zusammen, aber da muß eben der einzelne die Sache der Gesamtkollegenchaft zu der seinen machen. Gemeinsinn, Solidarität ist die notwendige und schärfste Gewerkschaftspflicht. Der Egoist betrachtet die Organisation nur als Kranken- und Unterstützungskasse, aus der er nur herauszuholen möchte. Ja, oft verleitet er Arbeiter, eigenen Vorteils halber, die Rechte anderer mit Füßen zu treten. Von Ideal nicht die geringste Spur. Kollegen, bestrebt Euch doch, dem hohen ethischen Ideal näher zu kommen. Unsere wirtschaftlichen Gegner, die Unternehmer, kennen den großen Arbeiterfeind, den Egoismus auch. Sie hegen und pflegen ihn zu ihrem Vorteil. Dem egoistischen Arbeiter geben sie Almosen in Gestalt von Gratifikationen, Weihnachtsbescherung und Ueberstunden; und was wird aus diesem Handeln der Unternehmer geboren: Scheidelliederei und Friedfertigkeit. Ist das eines freien deutschen Arbeiters würdig? Nein und nochmals nein! Wir verlangen für unsere Arbeit entsprechenden Lohn und würdige Behandlung. Darum Kampf und Wehde dem Egoismus. Öffentlich werden die Kollegen diese Maßnahmen beherzigen und praktisch befolgen.

Der Kassierer appellierte an die Mitglieder im Anschluß an den Kassenbericht, doch den Vorstand und die Vertrauensmänner in ihrer häuslichen Arbeit helfen zu unterstützen, vor allem durch regelmäßige prompte Einzahlung der Beiträge. Nach der Neuwahl des Vorstandes hielt der Vorsitzende, Kollege Meuser, eine begeisterte Schlussansprache, worauf die Generalversammlung mit dem christlichen Arbeitergruß geschlossen wurde.

Jetzt an die Arbeit, ihr christlichen Metallarbeiter von Stolberg! Die nächste Generalversammlung muß die dreifache Zahl der jetzigen Mitglieder aufweisen können.

Schlußwort. Mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen sieht es hier höchst traurig aus. Trotzdem wollen die Arbeiter nicht zur Erkenntnis ihrer Lage kommen und mit der Organisation geht es rüd, statt vorwärts. Dadurch werden natürlich auch die Arbeitsverhältnisse schlechter statt besser und gegenwärtig ist die Lage so weit gediehen, daß unter der so stumpfsinnigen und gleichgültigen Arbeitermaße die Unzufriedenheit eine bedenkliche Höhe erreicht hat.

Vornehmlich sind es die Verhältnisse in der Maschinenfabrik Bruchsal A.-G. vorm. Schnabel u. Pönnig, die Grund zur berechtigten Klage geben und auch schon wiederholt die ständige Tagespresse beschäftigt haben. Auf Grund näherer Erhebungen von Seiten unseres Verbandes haben wir festgestellt, daß es Arbeiter bei der genannten Firma gibt, die über 25 Jahre dort beschäftigt und befristet sind, die bis vor kurzem für einen Tageslohn von 2,60 Mk. arbeiteten. Eine ganze Reihe Arbeiter verdienen nicht einmal den in Bruchsal üblichen Tageslohn. Ebenso sind Arbeiter dort, die als Akkordarbeiter bei leichter Arbeit jahrelang für 30-32 Pfennige arbeiten mußten und dieses heute noch tun. Leute, die erwachsen und Familienmänner, haben 5, 10 und 15 Jahre im Betriebe sind, erhalten 25-28 Pfennige Stundenlohn. Dabei sind die Lebensbedingungen für Arbeiter kaum günstiger wie in einer Groß- und Industrieort, wie Mannheim, Karlsruhe usw. Betrachtet man nun aber den Gewinn, welchen die Firma im Jahre 1906 herauszuschlagen imstande war, so steht derselbe zu den niedrigen Arbeitslöhnen im ungeheuren Verhältnis. Bei rund 600 Arbeitern im Jahre 1906 war es dieser Firma möglich, einen Reingewinn von 1.494.013 Mk. herauszuschlagen. Auf den Kopf des dort beschäftigten Arbeiters macht dieses 2.490 Mk. Auf hundert Mark Aktienkapital wurden 25 Prozent Dividende verteilt. Dabei waren schon 76.114 Mk. auf das Jahr 1907 vorgezogen. Ebenso hohe Abfertigungen als Amortisation waren gemacht. Auch die Vermalen bekamen ihre Gratifikationen, mit denen sie wohl zufrieden sein konnten. Demselben wurde ein Monatslohn mehr ausbezahlt. Das ist hienieden zu gönnen. Aber dann sollte die Firma auch ihre Arbeiter etwas mehr berücksichtigen. Nicht damit ist es genug, wenn man Arbeitern jahrelang einen Lohn von 2,30-2,60 Mk. und im Höchstfalle bei Akkord 3,20 Mk. bezahlt, ihre Kräfte ausnützt und dann nach 25-jähriger Tätigkeit den Arbeitern ellenlang ein paar Marklein für jedes Jahr der Beschäftigung und einen „Arbeitslohn“ gewährt, um sich dann breitwürzig in der Presse als „Sozialreformator“ auszugeben zu können.

Wir haben eine ganze Reihe von Fällen festgestellt, wo erwachsene Arbeiter unter 600 Mark und kaum darüber verdienen. Daß davon eine Familie nicht ihre Bedürfnisse bestreiten kann, dürfte bei einigermaßen ruhiger Ueberlegung auch den Betriebsleitern begreifen Wortes erlangen. Müssen doch die meisten Arbeiter den dritten Teil des verdienten Lohnes schon meistens für Hauszins hergeben. Und was bleibt dann noch übrig für alle übrigen Bedürfnisse des Lebens?

Leider —, das muß offen gesagt werden —, tragen die Arbeiter den größten Teil der Schuld selbst an diesen Zuständen. Besorgsam ist es für die Mehrheit der dort beschäftigten Arbeiter, daß sie zur Zeit der Beschäftigung

nichts von Organisation wissen wollten, um hier ein geschlossenes Vorgehen zu ermöglichen. Jetzt laßt auf ihnen noch schwerer das Leibel der Arbeiterentlassungen, unfreiwilligen Arbeitszeitverkürzungen und Lohnreduzierungen, wie auf allen anderen Arbeitern. Die Firma hat in der guten Zeit dafür gesorgt, daß sie ihre Schächten ins Trockene brachte. Die Arbeiterhofft sich ruhig ausnützen lassen und muß nun sehen, daß sie um kein Zota besser, im Gegenteil, bedeutend schlechter daran ist, wie diejenigen, die durch ihre Organisation wenigstens in etwa an den Mißständen vorbeizukommen leistungsfähig.

Für alle, die dieses lesen, sollte dieses eine Lehre sein. Ein Ansporn nämlich, bei Zeiten durch Anschluß an die Organisation dafür zu sorgen, daß sie in schlechten Zeiten einen Rückhalt an der Organisation haben.

Darum, auf! Kollegen! Besonders ihr Bruchsaler und speziell die des Bruchsaler Maschinenfabrik, schließt euch der Organisation, dem christlichen Metallarbeiterverband an, dann werden auch für euch bald bessere Tage kommen. Im Wirtschaftsleben hat das Wort noch stets Geltung gehabt. Es geht niemanden an, was wir an uns gefallen läßt.

Danzig. Unsere Ortsgruppe hielt am 19. Januar ihre Generalversammlung ab, die leider schwach besucht war. Das ist uns sehr zu bedauern, da alle Kollegen nach extra schriftlich eingeladen waren. Aus dem vom Vorsitzenden erstatteten Jahresbericht sei folgendes hervorgehoben. Im Berichtsjahr fanden 25 Mitgliederversammlungen statt, in denen nach Möglichkeit belehrende Vorträge gehalten wurden. Dabei wurden wir vom Karlsruher Kollegen Benker in dankenswerter Weise unterstützt.

Durch eine Anzahl von Betriebsversammlungen wurde unsere Agitation lebhafter und auch erfolgreicher gestaltet. Erwähnt seien hier die Betriebsversammlungen der Firma J. W. Klawitz (Schiffswerft und Maschinenbau), wo ungläubliche Mißstände in den Lohn- und Arbeitsverhältnissen vorhanden waren. Dann hielten wir auch mehrere Versammlungen für die Arbeiter der Kaiserlichen Werft ab. In diesen Versammlungen kamen Dinge zur Sprache, die einem Staatsbetrieb gewiß nicht zur Ehre gereichen können. Die Gültigkeitsdauer stand dort in höchster Blüte. Lebhafteste Klagen mußten auch über die Behandlung der Arbeiter seitens mancher Unterbeamten geführt werden. Wenn es uns in dieser Beziehung besser geworden ist, so haben die Arbeiter das einzig dem Vorgehen des christlichen Metallarbeiterverbandes zu verdanken.

Leider gibt es hier aber noch allzu viele Arbeiter, die den Wert und die zwingende Notwendigkeit der Organisation nicht erkennen wollen. Es heißt ihnen an der notwendigen Opferwilligkeit. Vorteile möchten sie wohl einheimen, aber Opfer bringen, dafür sind sie nicht zu haben. Das trifft nicht nur für die großen Betriebe, sondern auch für das Mittel- und Kleingewerbe zu, wo wir auch mit Nachdruck eingegriffen haben. In den Kleinbetrieben herrschen auch noch große Mißstände, vornehmlich in gesundheitlicher Beziehung, wie es besonders in einigen Betriebsversammlungen der Firmen Künzberger und Wühl in Ohra-Danzig hervorgetreten ist. Wollen die Kollegen diese Zustände verbessern, müssen sie auch bereit sein, zunächst Opfer zu bringen und sich ihrer Berufsorganisation anschließen. Wollen sie das nicht, haben sie auch das Recht zum Klagen und Jammern verweigert.

Bei der Neuwahl der Vorstandes wurden folgende Kollegen gewählt: Nowak 1., Bachmann 2. Vorsitzender; Müller 1., Liebich 2. Schriftführer und Horn als Kassierer. Das Vertrauensmännerntem wurde erweitert, besonders die Vorstände dabei berücksichtigt. Christliche Metallarbeiter von Danzig. Wir sind im letzten Jahre einen schönen Schritt vorwärts gekommen, sowohl in der Zahl unserer Mitglieder wie im inneren Ausbau und äußeren Einfluß. Aber noch Wege von Arbeit liegen vor uns. Deshalb mit neuem Mut und frischem Eifer an die Arbeit. Unablässige Agitation, stetiger Versammlungsbetrieb, Streben nach Schulung und gewerkschaftlicher Ausbildung, das sollen im laufenden Jahre unsere vornehmsten Aufgaben sein. Die Bestimmungen (Schwartzsche) haben ganz falsch prophezeit, daß mit der Beitragserhöhung auf 50 Pfg. viele Mitglieder abgestoßen wurden. Das Gegenteil ist eingetreten. Das Gewerkschaftsleben erfordert viel Opferzeit und Kampfbereitschaft. Darum auf die Schanzen, Kollegen, ohne Kampf kein Erfolg und Sieg!

Solingen. Am Samstag, den 18. Januar d. J. hielt die Ortsgruppe Solingen eine Generalversammlung ab, die sich eines überaus zahlreichen Besuches zu erfreuen hatte. Der Vorsitzende der Ortsgruppe erstattete den Jahresbericht, der von einer eifrigen Tätigkeit im vergangenen Jahre zeugte. Unsere Ortsgruppe war an fünf Lohnbewegungen beteiligt. In Versammlungen hielt dieselbe 26, Vorstand- und Vertrauensmänner-Sitzungen 14, Vorstandssitzungen allein 5 ab. Bezüglich des Jahresberichts ist noch besonders zu erwähnen, daß wir hier in Solingen mehr zu kämpfen und zu leiden haben, als vielleicht in irgend einer anderen Ortsgruppe. Es ist zunächst der hier irgend einer anderen Ortsgruppe. Es ist zunächst der hier irgend einer anderen Ortsgruppe. Es ist zunächst der hier irgend einer anderen Ortsgruppe.

Den Kassenbericht erstattete der Kassierer Kollege Meuser. Es war hieraus zu ersehen, daß das Kassierenamt eines der wichtigsten Ämter im Vorstand ist. Der Kassenbericht hat ein erfreuliches Bild. Die Lokalfasse ist in diesem Jahre um mehr als das Doppelte gestiegen. Nach dem Bericht der Kassieren wurde dem Kassierer ein Vertrauensmann ausgestellt und vom Vorsitzenden Entlastung erteilt. Bei der Vorstandswahl wurden die Kollegen Feldmann 1., Reich 2. Vorsitzender, Meuser Kassierer, Seifert Schriftführer und Max Bickert, gewählt. Zu Vertrauensmännern die Kollegen Spechtner und Red, zu Vertrauensmännern die Kollegen Spechtner, Red, Seifert, Spechtner, Seifert und Steinhauser gewählt. Als Versammlungsort wurde bestimmt, das hiesige Lokal weiter zu behalten und die Versammlungen vornehmlich abends, am Samstag abends, abzuhalten.

Zum Schluß hielt noch Kollege Dothe aus Düsseldorf, der anstelle des verabschiedeten Bezirksleiters Kollegen Reich erschienen war, ein eingehendes Referat über die Aufgaben und Pflichten der Mitglieder sowie über Agitation. Dasselbe wurde mit großem Beifall aufgenommen, und ist die Hoffnung berechtigt, daß jeder Kollege mehr denn je auf seinem Posten ist für unsere christlich-nationale Arbeiterbewegung, daß dieselbe auch hier in Solingen (die Hochburg der Sozialdemokratie) stets wächst, blüht und gedeiht. Es wurde noch beschlossen, zu einer jeden Generalversammlung die Mitglieder per Karte, wie auch bisher gechehen, einzuladen, und bei unentschuldigtem Fernbleiben dieselben mit 50 Pfg. Strafe zu belegen. Die Karte ist zur Versammlung mitzubringen und dient dann als Legitimation. Dieser Beschluß wurde von den in überwiegender Mehrheit erschienenen Kollegen einstimmig angenommen. Hierauf wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen. Kollegen von Solingen, zeigt nunmehr durch Taten, daß ihr ganze Männer und vollwertige Gewerkschaftler seid!

Nürnberg. Ein treffliches Spiegelbild von dem Stand und der Tätigkeit unserer Ortsgruppe bot die Generalversammlung vom 26. Januar. Die trockenen Zahlen: 25 Mitgliederversammlungen, 20 Sitzungen und eine Reihe von Betriebsversammlungen, die stattgefunden haben, zeigten wohl regelmäßiges Versammlungsleben und eine von wirtschaftlichen Kämpfen weniger bewegte Zeit. Umsonst waren andere, oft turmhohle Schwierigkeiten zu überwinden. Allein schon der Druck der roten Uebermacht erfordert von unseren Kollegen Mannhaftigkeit und treues Festhalten an dem als richtig Erkannten. Eine innere Krisis verursachte der Unterstützungsverein der Firma Schudert. Dessen Zweckbestimmung wurde mehr in den Hintergrund gedrängt, und der bekannte Herr Göß hatte die notwendigen Charaktereigenschaften als Vorsitzender des Vereins, denselben möglichst in gelbes Fahrwasser zu lenken. „Der Bund“ (das Berliner gelbe Organ) wurde gratis unter die Arbeiterschaft verteilt. Neuerdings verlangt derselbe Mann in Versammlungen, daß freigestellte Kollegen den Saal verlassen. (Auch die Schatzmacher wollen mit den Außenstehenden nicht unterhandeln.) Er wählte aber dann der Tapferkeit besseren Teil und zog sich feige zurück. Freigestellte Kollegen können auch nicht gut demütiert werden. Die vorgenannten Bestrebungen scheiterten an der Ueberzeugungsstärke unserer Kollegen.

Mit dem Einsetzen der Arbeitsverhältnisse geltend durch Arbeitslosigkeit, Reduzierung von Arbeitszeit und damit der Löhne. Einzigstvolle Kollegen haben frühzeitig das schützende Dach der Organisation aufgesucht.

Das im Laufe des Jahres erzielte Sekretariat hatte seine Tätigkeit auf den ganzen Bezirk zu erstrecken. Die Entwicklung im Bezirk — Mitgliederzuwachs von 70 Prozent, macht sich, allen Anzeichen zufolge, auch künftig in Nürnberg geltend nach dieser Sturm- und Drangperiode.

Der Kassenbericht wies eine Gesamt-Jahreseinnahme von 12.742,29 Mk. auf und eine Gesamtausgabe von 6.156,62 Mk. An die Zentrale gingen 5.961,72 Mk. Die Lokalfasse hat einen Bestand von 1.247,65 Mk. Die Neuwahl des Vorstandes und die Behandlung der Anträge gaben ein Bild einmütigen Zusammenarbeitens. Nach einem lebhaften Appell des Kollegen Konrad fand die Generalversammlung ihren Abschluß mit einem donnernden Hoch auf unseren Verband. Die christlichen Metallarbeiter Nürnbergs werden auch fernerhin auf dem Posten zu finden sein.

Berlin. Am 23. Januar hielt unsere Ortsgruppe ihre Generalversammlung ab. Kollege Jänisch gab den Jahres- und Kassenbericht bekannt und schilderte die Tätigkeit der Ortsgruppe im verflochtenen Jahre. In den Mitgliederversammlungen wurden Vorträge gehalten über gewerkschaftliche und soziale Fragen. In einer Kartellversammlung und in einer öffentlichen referierten unser Bezirksleiter Winter aus Berlin. Die Zahl der neu aufgenommenen Mitglieder beträgt 18, abgerückt sind 16, sodas sich unsere Zahl gehalten hat. Aus dem Kassenbericht war zu entnehmen, daß die Kasse in guter Ordnung sich befindet. Durch den sozialen Ausschuß mit anderen christlich-nationalen Arbeitervereinen zusammengeschlossen, bestrebt sich unser Verband bei der Gewerbegerichtswahl.

Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Kollege Jänisch, 2. Kollege Mehlhorn, Kassierer Kollege Jänisch, Beisitzer Kollege Brandler, Schriftführer Kollege Jänisch, Kassenrevisor Kollege Gollmer. Als Vertrauensmänner meldeten sich die Kollegen Gollmer und Braßel. Als Delegierte ins Kartell wurden gewählt die Kollegen Marschner und Kalkfen, in den sozialen Ausschuß Kollege Jänisch, als Stellvertreter Kollege Kalkfen. Die gewählten Vorstandsmitglieder versprachen, ihre ganze Kraft für den Verband einzusetzen, wobei sie auf die Unterstützung aller Kollegen hoffen. Auf Antrag des Kollegen Jänisch wurde beschlossen, trunkenen Mitgliedern, welche beschuldigt sind, eine Unterstützung aus der Lokalfasse in Höhe von 6 Mark zu gewähren. Der Vorsitzende ersuchte noch zum treuen Festhalten und zur regen Agitation.

Kollegen von Berlin! In dieser Versammlung haben wir den Entschluß gefaßt, jetzt zu halten am christlich-nationalen Metallarbeiterverband. Machen wir diesen Entschluß zur Tat, indem wir mit Anspannung aller Kräfte am Ausbau unseres Verbandes arbeiten. Jeder tue seine Pflicht und der Erfolg wird nicht ausbleiben.

Düsseldorf. Ein Rückblick auf das vergangene Jahr zeigt uns vor allem eine bedauerliche Erscheinung, nämlich eine bedenkliche Nachlässigkeit der Mitglieder bezüglich des inneren Vereinslebens. Der Versammlungsbesuch ist durchweg vollständig ungenügend gewesen, auch sonst bekümmerten sich die meisten Kollegen recht wenig um den Verband, nur wenn sie ihn notwendig haben, machen sie sich bemerkbar. Das ist ein ungeliebter Zustand, der auch die Weiterentwicklung lähmen und hemmen muß. Deshalb fort mit dieser Säuberung! Kollegen, seid endlich einmal vollwertige Gewerkschaftler, die auch den Organisationsgedanken ergreifen haben und neben den Rechten auch ihre Pflichten kennen und erfüllen.

In unserer Generalversammlung am 19. Januar hielt Kollege Seifert einen Vortrag über „Streikverhütung und Arbeitgeberverbände“, der mit Beifall aufgenommen wurde und Anlaß zu einer regen Diskussion gab. Die Redner waren einstimmig der Ansicht, daß den fortwährenden Klagen der Unternehmer nur erhöhte Loyalität der

Arbeiter, Stärkung und Ausbreitung der Organisation entgegen zu stellen sei. (Der Jahresbericht wird infolge Zentralisierung mit Stalt durch die Ortsverwaltung erstattet.) Im Anschluß an die Diskussion erfolgte die Neuwahl des Sekretärs: Vorstandes, die folgenden Ergebnisse hatte: Kollege Ballenstiefen 1. Zug. Barth 2. Vorsitzender; Bierwirth 1. Stützen 2. Kassierer; Frz. Bart 1., Comolio 2. Schriftführer. Der zweite Kassierer und Schriftführer sind gleichzeitig als Revisoren bestimmt. Der neugewählte Vorsitzende richtete dann Worte der ernststen Mahnung an die Mitglieder, im laufenden Jahre mehr Kleinarbeit zu leisten, ohne zwingenden Grund keine Versammlung zu schwängen, rege zu agitieren und überall die Pflichten eines christlichen Gewerkschaftlers ernst zu nehmen. Nur wenn alle ihre Kraft in den Dienst der Organisation stellen, werden die gewünschten Fortschritte zu erzielen sein. Kollege Perz wies auf die bevorstehende Gewerbegerichtswahl hin und bezeichnete es als selbstverständlich, daß die Kollegen sich nicht nur selbst an der Wahl beteiligen, sondern auch mit Nachdruck für unsere christlichen Kandidaten agitieren müssen. Dann wurde uns die Wahl am 13. Februar gemiß einen schönen Erfolg verbürgt. In dieser Hoffnung wurde die schon verlaufene Generalversammlung geschlossen.

Umerkung der Redaktion: Die Klagen über schlechten Versammlungsbefuch in Wimgst sind so alt wie die Gruppe. Einige Wimgster Kollegen scheinen nach der Richtung auch etwas zu anspruchsvoll zu sein. Gewiß ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, die Versammlungen regelmäßig zu besuchen, aber das Ideal, daß stets alle Kollegen zur Stelle sind, bleibt eben ein Ideal, das praktisch bis heute noch in keiner Organisation verwirklicht wurde. Kluge Leute werden sich mit den einmal gegebenen Tatsachen abzufinden suchen. Das fortwährende Sammern und Käpponieren nützt da auch leider nicht viel, kann im Gegenteil oft lähmend und niederdrückend wirken. Allzuviel Pessimismus ist auch in dieser Sache vom Uebel. Das gilt nicht nur für Wimgst, sondern auch für viele andere Ortsgruppen.

Straubing. In unserer Generalversammlung am 25. Januar hielt Kollege Kröz zunächst ein beifällig aufgenommenes Referat, das am Schluß in einem feurigen Appell zur regen Agitation ausklang. Nur durch unermüdete Kleinarbeit sei es möglich, unsere Zahl zu vermehren und die Zahlstelle auf die Höhe zu bringen. Die im Anschluß an den Vortrag getätigte Neuwahl des Vorstandes hatte folgendes Resultat: Kollege Kröz 1., Bafelberger 2. Vorsitzender; Geißlinger Kassierer; Groß 1., Voichinger 2. Schriftführer; Mayer Vertrauensmann und gleichzeitig mit Schürli Revisor. Dann wurde einstimmig beschlossen, den Beitrag auf 60 Pfa. zu erhöhen. In der Sperrfrist wollten wir Straubinger Kollegen nicht hinter den andern zurückstehen. Ferner wurde ein Beschluß gefaßt, statt bisher eine, von jetzt ab zwei Versammlungen im Monat abzuhalten. Dadurch wird hoffentlich mehr inneres Vereinsleben sich etwas reger gestalten. Die Kollegen müssen es nun aber als Pflicht betrachten, in keiner Versammlung zu fehlen.

Zum Schluß ermunterte Kollege Kröz die Kollegen, den Mut nicht sinken zu lassen und fest zu arbeiten, um die vielen Indifferenten unserer Stadt zu unserem Verbände zu bringen. Mit dem Wunsche, daß die Zahlstelle Straubing in diesem Jahre besser aufblühe wie im verfloffenen Jahre, schloß er die schön verlaufene Versammlung. Jetzt, Kollegen von Straubing, wollen wir auf die schönen Worte auch die praktischen Taten folgen lassen.

Oberursel. Einen schönen Schritt vorwärts kam unsere Zahlstelle im vergangenen Jahre, was wir in unserer Generalversammlung am 19. Januar, bei welcher auch unser Bezirksleiter Kollege Scherer aus Offendach anwesend war, konstatieren konnten. Nach Erstattung des Jahres- und Kassienberichts wurde der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt. Vorsitzender Martin Kleer, Beisitzer Jean Weidauer und Feint. Zweifel, Kassierer Josef Willgens und Schriftführer Fritz Mehlretter. Ebenso wurden die alten Vertrauensmänner einstimmig wiedergewählt, die ihre Schuldigkeit bisher ganz besonders gut getan haben. Das geht schon daraus hervor, daß fast gar keine rückständigen Beiträge im Kassienabluß zu verzeichnen sind. (Bravo! Reb.) Aus dem Jahresbericht heben wir hervor, daß unsere Zahlstelle um 10 Mitglieder stärker geworden ist und jetzt die Zahl 41 erreicht hat. Austritte hatten wir keine zu verzeichnen. An Krankenunterstützung wurden 232 Mark ausbezahlt, für Arbeitslosen- und Reiseunterstützung hatten wir keine Ausgaben. Der Lokalkassenbestand beträgt 229 Mark. Mitgliederversammlungen fanden acht statt und Vorstandssitzungen zehn. Kollege Scherer nahm einmal das Wort und gab praktische Ratshläge. In einem kurzen Vortrag behandelte er das Vereinsgesetz und den Steuerparagraf 23, welcher schwer in das wirtschaftliche Leben des Arbeiterstandes einschneidet. Er mahnte ferner zur eifriger Agitation und besserem Besuch der Versammlungen.

Kollegen von Oberursel und Umgebung, beherzigt die Worte und besucht stets die Versammlungen und arbeitet mit am immer weiteren Ausbau der Organisation, trotz dem mächtigen Gegner. Frisch und froh an die Arbeit, dann werden wir weitere Erfolge erringen zum Wohle unserer Zahlstelle und zum Nutzen für uns alle.

Aus dem Dillkreis wird uns über Mängel der sozialen Gesehgebung geschrieben.

Am 26. März 1907 wurde der Former F. von der Adolfs-hütte im Dillkreis sofort entlassen, weil er eine Arbeit verweigerte. Es wurde ihm außerdem ein Wochenlohn von 35 Mark einbehalten, auch keine Papiere ausgehändigt. Hiergegen wurde die Entscheidung des Ortsvor-siebers angerufen, die zugunsten des Arbeiters ansfiel. Die Firma erhob Widerspruch gegen diese Entscheidung und kam die Sache im Oktober vor dem Amtsgericht in Saborn zur Verhandlung. Durch Gerichtsurteil wurde die Entscheidung des Ortsvorstehers, soweit sie sich auf die Lohnfrage bezog, aufgehoben. Ob die Zurückbehaltung des Lohnes zu Recht oder Unrecht erfolgt sei, darüber wurde kein Urteil gefaßt, das festzustellen sollte einem neuen Prozeß vorbehalten bleiben. Das neue Verfahren fand am 2. Januar 1908 in Tüßenburg seine Erledigung, der Arbeiter bekam seinen Lohn zugesprochen. Also nach 74 Jahr endlich wurde dem Manne an Gerichtsstelle attestiert, daß ihm Unrecht geschehen sei seitens der Werkverwaltung. Also der Arbeiter bekommt nun endlich seine 35 Mark, seinen sauer verdienten Lohn! Nun aber die Behörde...

In dem ersten Verfahren war die Firma die Klägerin, der Arbeiter vertor, wurde demnach auch die Kosten des Anwalts der Klägerin bezahlen, macht 36,50 Mk., für seine Vertretung 15 Mk., macht zusammen 51,50 Mk., dazu noch allerhand Veräumnis, so daß die ganze Geschichte mit 80 bis 90 Mark nicht zu hoch eingeschätzt wird. Nun frage ich: Wie ist etwas derartiges noch heute möglich? — Als vor etwa Jahresfrist der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter und der Christliche Metallarbeiterverband an den Dillkreis ein Gewerbegericht zu errichten, da hieß es seitens des Kreis Ausschusses: Ein Bedürfnis für die Errichtung eines Gewerbegerichts liegt nicht vor, die Eingabe wurde als unbegründet zurückgewiesen! Es muß dabei allerdings gesagt werden, daß die Mitglieder des Kreis Ausschusses meistens Direktoren und Güttenbesitzer sind! Um derartige Uebelstände abzuschaffen, wäre es unbedingt notwendig, daß Gewerbegerichte obligatorisch eingeführt werden, oder es auf keine Weigerung der Verhältnisse zu hoffen! Derartige Fälle, wie oben geschildert, sind keine Einzelvorkommnisse, aber mancher Arbeiter schreit die großen Kosten und mancherlei Schwierigkeiten, daher läßt man lieber einmal fünf gerade sein und nimmt die Unge-rechtigkeit mit in den Kauf, wenn er nicht durch Zugehörigkeit zu einem Verbände sich Rückendeckung geschaufen hat. In oben erwähnten Falle ist es der Christliche Metallarbeiterverband, der hinter dem Kollegen F. stand. Sollen die Arbeiter aber sich ihr gutes Recht erkämpfen, wollen sie in Zukunft sich nicht mehr über den Köpfel barbarieren lassen, dann müssen die Arbeiter sich der Organi-sation mehr noch wie bisher anschließen, die Arbeiter selbst bilden ja erst die Organisation. Darum, Kollegen des Dillkreises, wollt Ihr Euer Recht auch auf diesem Gebiet, dann organisiert Euch mal zunächst Mann für Mann, damit Ihr dann, gestärkt und geehrt durch den Verband, zu einer starken, zielbewußten Vertretung Eurer Interessen herantreten könnt. Vorbedingung jeglichen Erfolges ist aber erst der Zusammenschluß, dann wird auch bald im Dillkreis ein Gewerbegericht errichtet werden, damit die Rückständigkeit mancher Kreise überwunden und gesunde soziale Gedanken einzeln können, dann werden solche himmelschreienden Zustände für die Zukunft ausgeschlossen sein.

Duisburg. Am Sonntag, 26. Januar hielt unsere Ortsgruppe ihre diesjährige Generalversammlung ab, welche ziemlich gut besucht war. In derselben erstatete Kollege Scherer den Jahresbericht. Die Mitgliederzahl war großen Schwankungen unterworfen und konnte sich infolge der Krise am Schluß des Jahres nicht auf der erwarteten Höhe behaupten. Die Gesamtsumme betrug 14.335,90 Mk. gegen 11.554 Mk. im Jahre 1906, mithin ein Mehr von 2.781,90 Mk. Die Ausgaben für die Hauptkasse betrugen 3.496,48 Mk., an die Zentrale abgeschickt wurden 8578,37 Mk., an die Bezirkskasse wurden abgeliefert 884,95 Mk., an das Orts-kartell 148,70 Mk. Der Bestand der Lokalkasse betrug am Schluß des Jahres 1121,04 Mk.

Versammlungen fanden statt 6 öffentliche, 59 Mitglieder-, 99 Werkstattversammlungen, 22 Vorstand- und Vertrauensmänner-sitzungen. Der Besuch der Mitglieder-versammlungen war im allgemeinen ungenügend, was auch vom Kollegen Meyer arg gerügt wurde; hoffentlich würde es im neuen Jahre besser, denn gerade durch den Versammlungsbesuch würden doch die Kollegen aufgeklärt über ihre Rechte und Pflichten. Wurde doch in jeder Versammlung ein sozialer Vortrag gehalten. Bewegungen fanden statt auf der Kupferhütte für die Schlosser, welche durch geschlossenes Vorgehen auch eine Lohnerhöhung erreichen, ferner wurden sanitäre Mißstände beseitigt. Auf der Metallhütte traten im vergangenen Herbst, durch das rigorose Vorgehen der Betriebsleitung veranlaßt, die Arbeiter in den Streik. Durch das Eingreifen unseres Verbandes wurde derselbe zugunsten der Arbeiter sofort beigelegt.

In der anschließenden Diskussion forderte Kollege Frieße die evangelischen Arbeiter auf, sich mehr wie bisher unserm Verbände anzuschließen. Ferner bezeichnete derselbe es als einen Erfolg, daß vor kurzem sich ein evangelischer Pfarrer bereit fand, im Unterrichtskursus einen Vortrag zu halten, bis heute das erste Mal in Duisburg. Kollege Herzog ermahnte die Kollegen zu unermüdbarer Tätigkeit für die Sache des Verbandes; sei doch in Duisburg die Lage der Metallarbeiter eine traurige, wenn auch nach dem Berichte der Berufsgenossenschaft Duisburg in der Lohnhöhe an zweiter Stelle siehe, so sei andererseits die Arbeiterkassier auf vielen Gebieten noch weit zurück. Dies könne nur durch Anschluß an die Organisation anders werden.

Bei der nun folgenden Vorstandswahl wurde der alte Vorstand per Affirmation einstimmig wiedergewählt, nur mit dem Unterchied, daß Kollege Varrich als 2. Vorsitzender und der bisherige 2. Vorsitzende Kollege Junf als Beisitzer gewählt wurden. Nachdem dann noch die Revisoren und Kartellbelegierte gewählt waren, wurde einstimmig beschlossen, zur Stärkung der Kartellkasse in M o n a t Februar einen Wochenbeitrag extra zu zahlen. Die nichtanwesenden Kollegen seien deshalb ganz besonders darauf aufmerksam gemacht. Weiter wurde beschlossen, in diesem Frühjahr eine rege Hausagitation abzuhalten, um die große Zahl der Indifferenten einmal aufzurütteln und für den Verband zu gewinnen.

Und nun, Kollegen, mit neuem Mut und Begeisterung weitergearbeitet im neuen Jahr! Jeder soll Agitator sein, emsig bemüht, immer neue Kämpfer für den Verband zu gewinnen. Eifrig im Besuch der Versammlungen, pünktlich im Beitragszahlen, dann wird es im neuen Jahre möglich sein, noch größere Erfolge zu erringen.

Markt-Redwig. Am 27. Jan. hielt unsere Ortsgruppe ihre jährliche Generalversammlung ab, die ebenfalls sehr gut besucht war. Der Vorsitzende Bachpauer gab den Jahresbericht bekannt, aus dem wir folgendes entnehmen. Im vergangenen Jahre fanden 3 öffentliche und 9 Mitgliederversammlungen statt. Wenn auch die Zahl der Mitglieder nicht gewachsen ist, so können wir doch mit Freuden konstatieren, daß der Eifer und der Mut in unseren Kollegen immer noch wächst, obwohl wir schwer unter dem Druck der strengen Wintermonate. In Beiträgen und sonstigen Einnahmen hatten wir 346,80 Mk., davon wurden an die Zentrale 295,06 Mk. abgeliefert; an die Bezirkskasse wurden 25,83 Mk. eingeschickt. Der Kassienbestand wurde für richtig erkannt und dem Kassierer Einzahlung erteilt. Bei der nun vorgenommenen Vorstandswahl wurden die seitherigen Kollegen wie-

bergewählt. Der Vorsitzende richtete noch zum Schluß beherzigen Worte an die Versammlung mit dem Hinweis, daß im angefangenen Jahre ein jeder Kollege Agitator sein und mehr wie bisher für die Ausbreitung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes eintreten muß. Ferner sei es Pflicht, jede Versammlungsversammlung zu besuchen, das Verbandsorgan fleißig zu studieren, überhaupt, daß ein jeder seinen Mann stellt. Denn gerade hier in Markt-Redwig steht uns noch ein großes Feld zur Bearbeitung offen. Deshalb mit frischem Mut und froher Begeisterung an die Arbeit!

Aus dem Unternehmerlager.

Die Zeichenbesitzer rüsten.

Aus Essen wurde lehthin berichtet: Vor kurzem hat die Gründung eines Zeichenbesitzerverbandes stattgefunden. In dem Satzungsentwurf, der vom Vorstande des Bergbauischen Vereins ausgearbeitet ist, heißt es, daß der Verein einen engeren Zusammenschluß der rheinisch-westf. Bergwerke und ihren Nebenlagen zur Wahrung gemeinsamer Interessen in Arbeiterfragen und Gewährung einer Entschädigung an solche Mitglieder, die von einem Unstunde betroffen werden, bezweckt. Wichtig für die Bergarbeiter sind besonders folgende Bestimmungen: Ist ein Bergwerk von einem Unstunde betroffen, d. h. streiken mehr als ein Drittel der Gesamtbesitzer, so dürfen von den auf dieser Schochtanlage beschäftigten Leuten während des Unstundes und drei Monate nach Beendigung des Unstundes auf anderen Verbandszweigen keine anderen eingestellt werden. (Also das offizielle Zugeständnis einer Sperrre. D. Red.) Verläßt ein Arbeiter unter Kontraktbruch seine Arbeitsstätte, so dürfen die Verbandszweigen während sechs Monate diesen Mann nicht mehr beschäftigen. Ist der Bergmann von einem Verbandsmerk zur Arbeit zugelassen, und erhält das Werk nachträglich Kenntnis davon, daß der Mann kontraktbrüchig geworden ist, so ist dem Mann sofort zu kündigen, es sei denn, daß er drei Monate auf der Suche tätig war.

Die Zeichen zahlen einen Beitrag von 1 Mark pro Kopf der vorjährigen Velegschaft und erhalten im Falle eines Streikes pro Kopf der Ausständigen und Tag 1 Mk. vergütet. Diese Vergütung wird jedoch künftighin, wenn der Streik von Charakter eines Generalausstandes annimmt, d. h. wenn mehr als ein Drittel aller Verbandszweigen streiken, oder wenn die Zeichen die Forderungen der Arbeiter, die vom Vorstande als unberechtigt erkannt sind, nachträglich bewilligen. Dem Vernehmen nach haben sich fast alle Zeichen dem Verbände angeschlossen. Im Zusammenhang hiermit dürfte auch folgende Meldung stehen: „Ausstands-Ver sicherungsverband.“ In der letzten Versammlung der Vertreter fast sämtlicher Grubenverwaltungen des nieder-rheinisch-westfälischen Industriebezirks in Essen wurde der seit Anfang der neunziger Jahre bestehende Ausstands-Versicherungsverband, dessen Vertragsperiode mit dem 1. Februar d. J. abgelaufen ist, nach einigen Satzungsänderungen auf die Dauer von fünf Jahren verlängert.“

Für die Arbeiter ergibt sich aus diesen Vorkommnissen die Notwendigkeit, noch mehr wie bisher für ein Erstarken der Organisation, sowohl hinsichtlich der Mitgliederzahl als der Kassienverhältnisse Sorge zu tragen. Was im Lager der Unternehmer im Bergbau vor sich geht, ist in demselben, wenn nicht im verstärktem Maße auch in der Metallindustrie der Fall.

Ein Wechsel im Direktorium des Zentralverbandes deutscher Industrieller.

Das Direktorium des Zentralverbandes Deutscher Industrieller war am 6. Januar in Berlin zu einer Sitzung zusammengetreten, in der Geh. Kommerzienrat Emil Rir-dorf wegen seines unbefriedigenden Gesundheitszustandes die Stellung als erster stellvertretender Vorsitzender des Direktoriums niederlegte. Anstelle Rirdorfs, der übrigens im Direktorium als Mitglied verbleibt, wurde, da Geh. Regierungsrat König-Berlin, der bisherige zweite stellvertretende Vorsitzende, die Wahl zum ersten Stellvertreter ablehnte, Landrat a. D. Rötger-Essen, Vorsitzender des Direktoriums der A.-G. Friedr. Krupp, einstimmig gewählt. Außer mit der Erledigung laufender Geschäftsangelegenheiten beschäftigte sich das Direktorium eingehend mit dem Entwurf einer Novelle zur Gewerbeordnung. Es wurde, den „Berl. Pol. Nachr.“ zufolge, beschlossen, alsbald nach der ersten Lesung dieses Gesetzentwurfes im Reichstage den Ausschuß des Zentralverbandes einzuberufen, um die zahlreichen Bedenken der Industrie gegen eine Reihe der beabsichtigten Vorschriften zur Geltung zu bringen.

Ein Wechsel im sozialpolitischen Auss. scheint demnach im Verband mit dem Wechsel im Präsidium nicht vor sich zu gehen.

Soziale Wahlen.

Bochum. Am 23. Januar wurden die Nachwahlen von Vertretern zur Generalversammlung der hiesigen Allgemeinen Ortskranken-kasse getätigt, welche mit einem glänzenden Siege der christlichen Arbeiter endeten. Diese Wahlen waren deshalb erforderlich, weil die Krankenkasse der hiesigen Baugewerker-Zwangs-Vereinigung aufgelöst wurde und die Mitglieder derselben sich der obengenannten Krankenkasse angeschlossen. Aus der Wahl gingen hervor 8 christliche Kandidaten mit 304 Stimmen. Die sozialdemokratischen Arbeiter vereinigten auf ihre Kandidaten 198 Stimmen. Aus den Hauptwahlen, am 9., 10. und 11. Dezember v. J., getätigt wurden, gingen 48 christliche Kandidaten als Sieger hervor. Die sozialdemokratischen Arbeiter errangen 13 Sitze. Mithin stellt sich jetzt die Generalversammlung aus 51 christlichen und 13 sozialdemokratischen Arbeitern zusammen.

